

# Verfassung und Verwaltungsorganisation

## Veränderungen in den Vertretungskörpern

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück: Rudolf *Bednar* (SPÖ) mit 17. Jänner und Josef *Deutsch* (SPÖ) mit 22. Februar wegen ihrer Wahl zu Bezirksvorstehern, Vizebürgermeister i. R. Hans *Bock* (SPÖ) mit 28. Februar und Rudolf *Huber* (SPÖ) mit 12. Mai wegen seiner Wahl zum Bezirksvorsteher. Am 21. Februar starb Gemeinderat Wilhelm *Miksch* (SPÖ). An ihre Stellen wurden folgende Ersatzmänner in den Gemeinderat berufen und angelobt: Ing. Helmut *Weißinger* (SPÖ) am 31. Jänner, Dkfm. Dr. Adolf *Aigner* (SPÖ) am 28. Februar, Robert *Pfleger* (SPÖ) und Ernst *Vejtisek* (SPÖ) am 28. März, Josef *Langheinrich* (SPÖ) am 23. Mai. Gemeinderat Ing. *Hofmann* (SPÖ) wurde am 31. Jänner an Stelle des ausgeschiedenen Gemeinderates *Bednar* (SPÖ) an die 4. Stelle der Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen: Gemeinderatsausschuß für Inneres und Bürgerservice — Gemeinderat *Miksch* (SPÖ) am 31. Jänner für Gemeinderat *Haberl* (SPÖ), Gemeinderat *Vejtisek* (SPÖ) am 28. März für Gemeinderat *Miksch* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Bauten — Gemeinderat *Haberl* (SPÖ) am 31. Jänner für Gemeinderat *Bednar* (SPÖ), Gemeinderat *Langheinrich* (SPÖ) am 23. Mai für Gemeinderat *Nußbaum* (SPÖ), Gemeinderat *Ludwig* (SPÖ) am 24. Oktober für Gemeinderat *Sevcik* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Wohnen — Gemeinderat *Pfleger* (SPÖ) am 28. März für Gemeinderat *Deutsch* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz — Gemeinderat Dkfm. Dr. *Aigner* (SPÖ) am 28. Februar für Gemeinderat *Ludwig* (SPÖ), Gemeinderat *Schultz* (SPÖ) am 23. Mai für Gemeinderat *Huber* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie — Gemeinderat Ing. *Weißinger* (SPÖ) am 28. Februar für Gemeinderat *Deutsch* (SPÖ). In den Unvereinbarkeitsausschuß wurde am 31. Jänner Landtagsabgeordneter Dr. *Nowak* (SPÖ) für Landtagsabgeordneten *Bednar* (SPÖ) gewählt. Das Mitglied des Bundesrates Josef *Schweiger* (SPÖ) starb am 24. Februar. Sein Ersatzmitglied Johann *Paulas* (SPÖ) verzichtete mit 24. Februar auf sein Mandat. Der Wiener Landtag wählte am 28. März Johann *Matzenauer* (SPÖ) zum Mitglied des Bundesrates und Franz *Stodola* (SPÖ) zu seinem Ersatzmitglied.

Der Gemeinderat trat zu 10 öffentlichen und 10 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 10 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 39, die Landesregierung 38, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 4, das Immunitätskollegium 2 Sitzungen und der Unvereinbarkeitsausschuß 1 Sitzung ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.183, der Landtag 26, der Stadtsenat 4.097, die Landesregierung 636, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 6, das Immunitätskollegium 3 und der Unvereinbarkeitsausschuß 2 Geschäftsstücke.

## Magistratsdirektion

Auf Grund des Erlasses vom 14. Februar 1977, MD-2817-1/76, besteht die Magistratsdirektion aus folgenden Referaten: Büro des Bürgermeisters, Büro des Magistratsdirektors, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Verwaltungstechnik, Automatische Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und Stadtbaudirektion.

Das Büro des Bürgermeisters besorgt den Dienst um die Person des Bürgermeisters und die Erledigung dessen laufender Bürogeschäfte. Im Jahre 1977 wurde der Eingang von insgesamt 11.238 Geschäftsstücken protokolliert. Davon waren 4.800 Durchlaufakten, die an die zuständigen Magistratsabteilungen weitergeleitet wurden. 6.438 Geschäftsstücke wurden vom Büro selbst bearbeitet, wobei der größte Teil der Schreiben nach Einholung von Berichten der Fachabteilungen beantwortet wurde. Mit dieser Tätigkeit im Zusammenhang steht eine große Anzahl von telefonischen Auskünften und von persönlichen Gesprächen mit Ratsuchenden und Antragstellern.

Seit der mit 1. März 1977 vorgenommenen Änderung der Organisation der Magistratsdirektion führt das Büro des Magistratsdirektors die Dienstaufsicht über die rechtskundigen Bediensteten, über die Bediensteten der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder Sondervertragsbedienstete sind, über die Redakteure der Stadt Wien sowie über alle Leiter von Magistratsabteilungen und Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat. Mit Stichtag 31. Dezember 1977 unterstanden 307 Bedienstete, davon 194 im rechtskundigen Dienst, dieser Dienstaufsicht. In deren Ausübung wurden im Jahre 1977 43 Versetzungen vorgenommen sowie 58 Beförderungen, 2 Unterstellungen unter die Dienstordnung und 9 Definitivstellungen beantragt. 18 Bedienstete wurden zur Dienstleistung in diese Beamtengruppe aufgenommen beziehungsweise überstellt, 13 sind ausgeschieden.

Hinsichtlich der Bestellung von 13 Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat waren die erforderlichen Vorarbeiten zu leisten.

12 Posten von Dienststellenleitern waren zu besetzen, wofür das Büro des Magistratsdirektors die Ausschreibung durchzuführen hatte. Besonders zu erwähnen ist die Besetzung des Leiterpostens der Gruppe Sicherheitskontrolle im Kontrollamt, da dieser Posten — über die sonstige Vorgangsweise hinaus — im Wege von Inseraten in ausländischen Zeitungen auch international ausgeschrieben wurde. Im Zusammenhang mit den Postenausschreibungen beziehungsweise -besetzungen waren auch die Sitzungen der Begutachtungskommission vorzubereiten.

Der Prüfung für den rechtskundigen Dienst unterzogen sich 3 Bedienstete mit Erfolg. Der Disziplinarkommission lagen 44 Fälle, der Disziplinarberufungskommission 10 Fälle zur Entscheidung vor. Im Rahmen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates, die vom Büro des Magistratsdirektors zu führen sind, wurden 5 Sitzungen einberufen, von denen eine die konstituierende Sitzung des Landessanitätsrates für die nächste dreijährige Funktionsperiode war. 22 Bewerber für leitende ärztliche Stellen in den städtischen Krankenanstalten wurden begutachtet, dem Herrn Landeshauptmann war in der Folge ein entsprechendes Gutachten über die Bewerber zu erstatten.

Dem Büro des Magistratsdirektors oblag auch die Vorbereitung und Durchführung von zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen.

Das Schwergewicht der Tätigkeiten des Büros des Magistratsdirektors lag auch 1977 beim Verfassungs- und beim legislativen Dienst, in dessen Ausübung Gutachten zu 156 Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes sowie zu 4 Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Bundesländer zu erstatten waren. Außerdem wurden die Vorlagen von 20 Wiener Landesgesetzen, 15 Verordnungen der Landesregierung, 3 Verordnungen des Landeshauptmannes und von 3 Kundmachungen des Magistrats einer Prüfung unterzogen.

Hervorzuheben ist die Novelle zur Stadtverfassung, mit der mit 1. Juli 1977 die Gruppe Sicherheitskontrolle im Kontrollamt eingerichtet wurde. Diese Änderung der Wiener Stadtverfassung hatte zur Folge, daß auch die Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien hinsichtlich des das Kontrollamt betreffenden Teiles entsprechend geändert werden mußte. Abgesehen von dieser punktuellen Änderung der Wiener Stadtverfassung, wurden die Arbeiten an einer umfassenderen Novelle der Wiener Stadtverfassung intensiv vorangetrieben und in diesem Rahmen das Begutachtungsverfahren, betreffend die Interessenvertretungen und Bundesdienststellen, abgeschlossen. Im November 1977 konnte der Entwurf dieser Novelle der Wiener Stadtverfassung in der Landesregierung eingebracht werden.

Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1977 vom Landtag beschlossen wurden, ist das Veranstaltungsstättengesetz wegen seines Umfangs und seines komplizierten technischen Inhaltes besonders zu erwähnen.

Im Rahmen des legislativen Dienstes wurden, wie bisher, zahlreiche Rechtsgutachten in Einzelfällen erstellt.

Die Vorarbeiten für den Abschluß von Vereinbarungen nach § 15 a B-VG wurden intensiviert. Besonderen Raum nahm hierbei die Ausarbeitung einer Vereinbarung zwischen den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland über die Planungsgemeinschaft Ost ein; die Arbeiten an dieser Vereinbarung sind im Jahre 1977 bis zur Ratifikationsreife gediehen.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden rund 2.600 Geschäftsfälle an das Büro des Magistratsdirektors herangetragen, die von diesem — erforderlichenfalls nach Einholung von Stellungnahmen der Fachabteilungen — erledigt wurden.

Durch Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen wurden vom Büro des Magistratsdirektors 3 Konferenzen der Landeshauptmänner, je 2 Konferenzen der Landesamtsdirektoren und Landtagspräsidenten und 1 Konferenz der Magistratsdirektoren vorbereitet. Weiters erfolgte die Herausgabe von 86 Erlässen.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 15.574 Geschäftsstücke zu behandeln. Das Referat für Repräsentationen war im Jahre 1977 mit der Vorbereitung und Durchführung von 447 gesellschaftlichen Veranstaltungen befaßt, die von insgesamt 64.443 Gästen, davon 18.573 aus dem Ausland, besucht wurden. Weiters sind 36 diverse Feiern und Ständchen sowie 29 Eröffnungsfeierlichkeiten vorbereitet und durchgeführt worden. Neben diesen insgesamt 512 durchgeführten Veranstaltungen waren noch 808 kleinere kostenverursachende Veranlassungen zu tätigen. Schließlich sind noch die Vorbereitungsarbeiten für Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters oder von Delegationen der Stadt Wien wie auch die Vorbereitung von Besuchen ausländischer Delegationen in Wien und deren Betreuung als besonderer Schwerpunkt der Tätigkeit des Referates zu erwähnen.

Im Wiener Rathaus konnten im Jahre 1977 folgende prominente Besucher begrüßt werden: am 16. Februar UN-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim; am 24. Februar der Lord Mayor von London

Sir Robin *Gillett Bt.*, am 8. März der norwegische Ministerpräsident *Odvar Nordli*, am 1. April Kronprinz von Jordanien *Hassan Bin Talal*, am 15. Juni der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Volksrates der Stadt Sofia *Iwan Panev*, am 20. Juni der Präsident von Sambia *Dr. Kenneth David Kaunda*, am 24. Juni der Premierminister von Tunesien *Hedi Nowira*, am 14. Oktober Königliche Hoheit Großherzog von Luxemburg *Jean*, am 21. Oktober der Oberbürgermeister von Helsinki *Teuvo Aura* und am 23. November der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik *Dr. Lubomir Strougal*.

In der Volkshalle des Rathauses wurden folgende Ausstellungen gezeigt: vom 25. November 1976 bis 2. Jänner 1977 die „Weihnachtsausstellung“ (185.625 Besucher), vom 11. bis 20. Februar 1977 „Bunte weite Welt“ (5.800 Besucher), vom 23. September bis 10. Oktober 1977 „Wiener fotografieren Wien“ (15.000 Besucher), vom 21. Oktober bis 3. November 1977 „Helsinki, Tochter der Ostsee“ (6.000 Besucher) und vom 25. November bis 26. Dezember 1977 die „Weihnachtsausstellung“ (160.000 Besucher).

Anlässlich von Eröffnungen, Grundsteinlegungen und Benennungen waren in folgenden Fällen Feiern zu veranstalten: Eröffnung der Volksschule für Knaben und Mädchen in 11, Miltnerweg, der Volks- und Hauptschule in 11, Hoefftgasse 7, der Kindertagesheime der Stadt Wien in 20, Leipziger Straße, und in 2, Vorgartenstraße, des Pavillons VI im Krankenhaus der Stadt Wien, Lainz, des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 11, Thürlnhofstraße, des Operations-Röntgentraktes im Preyerschen Krankenhaus, Spatenstichfeier des Neubaus der Floridsdorfer Brücke, Eröffnung des Hallenstadions im Prater, der Volksschule und Zentraljugendzahnklinik, des Pensionistenheimes Atzgersdorf, der Ausstellung „Das Wiener Bürgerliche Zeughaus“, der Wiener Festwochen 1977 und Einweihung der Erbsenbachbrücke; weiters die Spatenstichfeier für das städtische Bezirkshallenbad Hietzing, die Umbenennung des Aspernplatzes in „Julius Raab-Platz“, die Spatenstichfeiern für das städtische Bad Atzgersdorf und für das Bezirkshallenbad Simmering, die Grundsteinlegung für das Hallenbad Hohe Warte, die Eröffnungen des Freizeitraumes Hohe Warte, des Wiener Weststadions, des Hauses der Begegnung Liesing, der Kindertagesheime in 2, Handelskai 214, und in 22, Lieblgasse 2/28, und die Aufstellung des Weihnachtsbaumes; schließlich die Eröffnung der Krankenanstalt Rudolfstiftung, der Allgemeinen Sonderschule in 22, Steinbrechergasse 6, und der Rheumaambulanz — Pavillon 13 im Krankenhaus Lainz.

Im Jahre 1977 wurden insgesamt 1.423 Ehrungen, 1.240 Land- und 183 Stadtauszeichnungen beschlossen und 561 durchgeführt, für die der Landesehrenzeichenkanzlei die Bearbeitung oblag.

Von den Ehrungen, Verleihungen und Überreichungen seien angeführt:

Mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden Bundesminister a. D. Dipl.-Ing. Dr. Oskar *Weibs*, Kabinettsdirektor Dr. Alfred *Weibs* und Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Karl *Czernetz*, Präsident des Europarates, ausgezeichnet.

Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Obermedizinalrat Dr. Fritz *Daume* (posthum), Präsident der Wiener Ärztekammer, und Direktor i. R. Prof. Franz *Stoß*, Präsident des Wiener Theaterrichtorenverbandes.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde Kammersängerin *Hilde Güden*, Kammerchauspieler *Erich Auer*, Prof. *Otto Kerry* und Prim. Dr. *Friedrich Scholl* verliehen.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde an Prof. *Herbert Wegricht*, Orchestervorstand der Wiener Symphoniker, und an Polizeioberst a. D. *Johann Schwarzmüller* überreicht.

Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielt der Schauspieler *Max Böhm*.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien wurde *Grete Fischer-Führer*, Ballettmeisterin, überreicht.

Zu Ehrenbürgern der Stadt Wien wurden Bürgermeister a. D. Dr. h. c. *Felix Slavik* und 1. Präsident des Nationalrates und Präsident des ÖGB *Anton Benya* ernannt.

Weiters erfolgte die Ernennung von Bundesminister a. D. Dr. *Heinrich Drimmel*, akademischer Bildhauer ordentlicher Hochschulprofessor *Fritz Wotruba* (posthum) und Komm.-Rat *Alfred Porges* zu Bürgern der Stadt Wien.

Mit dem Ehrenring der Stadt Wien wurden Kammerchauspieler *Paul Hörbiger*, Kammerchauspieler Hofrat Prof. *Fred Hennings* und em. o. Univ.-Prof. Dr. *Leopold Breitenecker* ausgezeichnet.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold wurde den Kammersängerinnen *Sena Jurinac* und *Wilma Lipp*, der Kammerchauspielerin *Hilde Krahl* und Prof. *Johann Gunert* überreicht.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber erhielten *Marte Harell* und Prof. *Karl Zaruba*.

Hinsichtlich Bundesauszeichnungen hatte die Landesehrenzeichenkanzlei über 300 Stellungnahmen abzugeben beziehungsweise die entsprechenden Antragstellungen vorzunehmen.

Im Jahre 1977 wurden 4 steinerne, 15 eiserne, 72 diamantene, 1.286 goldene, somit insgesamt 1.377 Hochzeitsjubiläpaare geehrt und ihnen die Diplome im Rahmen von Festakten nach den vorher überbrachten Anerkennungen überreicht. Desgleichen wurde an 1.165 neunzigjährige und 35 hundert- und mehrjährige, somit an 1.200 Wiener Geburtstagsjubilare, die Anerkennungsgabe der Stadtverwaltung überbracht.

Der Dolmetsch- und Übersetzungsdienst sorgte für insgesamt 1.092 Übersetzungen von zum Teil ziemlich umfangreichen Dienststücken aus insgesamt 21 Sprachen. Darüber hinaus wurde bei Veranstaltungen Dolmetschdienst geleistet und auf Verlangen bei Besprechungen mit ausländischen Besuchern oder Gästen in diversen Dienststellen interveniert oder die sprachliche Betreuung ausländischer Delegationen übernommen.

1977 wurden vom Referat für Auszeichnungen und Remunerationen 1.650 Anträge auf Förderungen und 6.790 Anträge auf Remunerationen gestellt.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens sind insgesamt 60 Anregungen zur Vereinfachung und Reform der Verwaltung eingelangt, wodurch sich die Zahl der seit 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge auf 1.127 erhöhte. Der Ausschuß für das Betriebliche Vorschlagswesen hat 1977 über 66 Verbesserungsvorschläge beraten und 40 Einreichern Prämien im Gesamtbetrag von 128.100 S zuerkannt; die höchste Einzelprämie betrug 25.000 S.

Das Stenographenbüro hatte im Jahre 1977 die Protokolle von 10 Sitzungen des Landtages, der insgesamt 11 Stunden 45 Minuten tagte, sowie von 10 Sitzungen des Gemeinderates mit zusammen 113 Stunden 15 Minuten auszuarbeiten. Außerdem waren die stenographischen Protokolle von 39 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates in der Dauer von 55 Stunden 50 Minuten zu erstellen. Insgesamt hatte das Stenographenbüro somit 59 Sitzungen in der Dauer von 180 Stunden 50 Minuten stenographisch aufzunehmen und die Protokolle schriftlich auszuarbeiten.

Die im Jahre 1977 vom Stenographenbüro ausgearbeiteten stenographischen Protokolle des Gemeinderates umfassen 3.585 Seiten, die Protokolle von Landesregierung und Stadtsenat 1.701 Seiten, insgesamt somit 5.286 Maschinschriftseiten.

Die nachstehende Aufstellung bietet einen Überblick über die Anzahl der im Landtag und im Gemeinderat eingebrachten schriftlichen Anträge, Anfragen und Anfragebeantwortungen, die vom Stenographenbüro in die Sitzungsprotokolle der Landtags- und Gemeinderatssitzungen aufzunehmen waren.

	Landtag		Gemeinderat	
	Anträge	Anfragen und Anfragebeant- wortungen	Anträge	Anfragen und Anfragebeant- wortungen
SPÖ .....	1	—	5	—
ÖVP .....	13	6	89	76
FPO .....	3	8	36	74
	17	14	130	150

Dem Koordinationsbüro (KOB) sind nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat insbesondere grundsätzliche Angelegenheiten der Kooperation, Koordination und Information im Bereich der Stadt Wien sowie die Mitwirkung bei der Entscheidungsvorbereitung in der Stadtentwicklungspolitik übertragen. Im Rahmen dieser Aufgabenstellung hat das KOB zur magistratsinternen Verwendung umfassende Berichte, wie über die Tätigkeit der städtischen Dienststellen in den Jahren 1973 bis 1977 sowie über den Stand der Erfüllung des „Wiener Memorandums“, erstellt, Grundlagen zur Beurteilung stadtentwicklungspolitischer Ereignisse und Entwicklungen, wie Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Wohnbautätigkeit, räumliche Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Sicherheit, ausgearbeitet sowie eine Vielzahl von Koordinierungsmaßnahmen durchgeführt.

Wie alljährlich hat das KOB auch 1977 den Erfüllungsstand des von der Stadt Wien an den Bund gerichteten Forderungsprogrammes aus dem Jahre 1974 erhoben, um eine Übersicht über den Fortschritt der Verhandlungen mit dem Bund geben zu können. Außerdem wurde eine Erhebung darüber durchgeführt, in welchem Umfang das Arbeitsprogramm für die Jahre 1973 bis 1978 bereits erfüllt wurde.

Das KOB hat in einem 329 Seiten umfassenden Bericht eine ausführliche Dokumentation über die Leistungen sämtlicher Dienststellen in den Jahren 1973 bis 1977 erstellt und diesen Bericht den Entscheidungsträgern als Informationsgrundlage zugeleitet.

Im Bereich der Koordinierung der Grundlagenforschung wurde auf Grund des vorgegebenen finanziellen Rahmens eine Vorüberprüfung der beabsichtigten Forschungsprojekte durchgeführt und ein koordiniertes Forschungsprogramm für das Jahr 1978 mit einem Volumen von 65 Millionen Schilling

erstellt. Da Forschungsergebnisse vielfach für mehrere Dienststellen von Bedeutung sind, hat das KOB in 42 Fällen die Resultate von Forschungsaufträgen anderen Dienststellen beziehungsweise Entscheidungsträgern zugänglich gemacht. Um einen Überblick über die fertiggestellten Forschungsarbeiten zu ermöglichen, wurde wie in den Vorjahren eine Zusammenstellung sämtlicher abgeschlossener Arbeiten vorgenommen und diese an alle interessierten Dienststellen versendet.

Im Jahre 1977 hat das KOB Forschungsaufträge mit Gesamtkosten von 1,027.000 S erteilt. Das im Jahre 1976 eingeleitete Untersuchungsprogramm über die Situation der Frau in Wien mit Arbeiten zu den Themen Gesundheitliche Lage der Wienerin, Effizienz der Wiener Familienberatungsstellen, Arbeitsmarktprobleme und Ausbildungsfragen, Frau im öffentlichen Dienst und im politischen Leben wurde abgeschlossen.

Die dem KOB übertragene Aufgabe der systematischen Erfassung von Dienstreiseberichten und der Weiterleitung von Informationen über bei Dienstreisen gewonnene neue Erkenntnisse wurde fortgesetzt. 1977 gingen insgesamt 377 Dienstreiseberichte ein, wobei in 324 Fällen diese an Stellen, die an den Reisen nicht teilnahmen, zur Information weitergeleitet wurden.

Eine arbeitsmäßig starke Beanspruchung erforderte auch 1977 die Koordinierung der Aufgaben, die sich im Zuge der Ansiedlung von internationalen Organisationen für die Stadt ergeben. Vor allem wurden die Fragen der Verkehrserschließung im Bereich des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums — Donaupark, Fragen der Grundübertragung an den Bund, Freimachungsprobleme, Probleme der Wohnraumbeschaffung für UN-Bedienstete, die Schul- und Kindergartenversorgung sowie alle jene Fragen behandelt, die sich mit der im Sommer 1979 beabsichtigten Besiedlung des Amtssitzes für die Stadt Wien ergeben.

Weiters war das KOB auch mit der Lösung von zahlreichen Problemen befaßt, die im Zusammenhang mit der Neuansiedlung von internationalen nichtstaatlichen Organisationen in Wien, insbesondere mit deren Unterbringung, entstehen.

Im Aufgabenbereich der Entscheidungsvorbereitung für die Stadtentwicklungspolitik wurden vom KOB zahlreiche Grundlagen erstellt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Darstellung der Probleme der Bevölkerungsentwicklung in Wien, verbunden mit Vorschlägen für eine aktive Bevölkerungspolitik.

An den unter Federführung der Geschäftsgruppe Stadtplanung laufenden Arbeiten an einem Stadtentwicklungsplan für Wien wurde intensiv mitgewirkt und insbesondere für die Koordinierung der Standpunkte der einzelnen Dienststellen gesorgt.

Für den Bereich Wohnbau wurden Unterlagen zur Grundstücks- und Finanzierungssituation ausgearbeitet. Eine vom Koordinationsbüro durchgeführte Erhebung ergab, daß für den Wohnungsbau in Wien Grundstücksreserven ausreichend vorhanden sind. Fast die Hälfte der Baulandreserven befindet sich im dicht bebauten Stadtgebiet und steht der Stadterneuerung zur Verfügung.

Zur Vorbereitung eines aktuellen Sicherheitsberichtes wurden Unterlagen zu den Sachbereichen Innere Sicherheit, Verkehrssicherheit, Katastrophenschutz sowie Sicherheit im technischen Bereich zusammengestellt.

Das KOB hat 1977 schließlich auch Grundlagen für ein Konzept zur Sicherung der Versorgung Wiens mit Grundnahrungsmitteln und Medikamenten im Krisenfall erarbeitet.

Mit Wirkung vom 1. März 1977 wurde im Bereich der Magistratsdirektion die **Verwaltungsakademie** als neues Referat geschaffen, in der alle die Ausbildung, Fortbildung und Prüfung der städtischen Bediensteten betreffenden Aufgaben schrittweise konzentriert werden sollen. Zu diesem Zweck wurden der Verwaltungsakademie neue Räumlichkeiten in 1, Reichsratsstraße 17, zugewiesen, von denen ein Teil für Schulungen adaptiert werden konnte und für die Abhaltung von Kursen und Seminaren bereits ab Herbst 1977 verwendet wurde. Die Verwaltungsakademie verfügt nunmehr über 11 **Kurs-säle**, die 1977 mit modernen didaktischen Lehrmitteln ausgestattet wurden. So konnten unter anderem für alle Kursäle Overheadprojektoren angeschafft werden. Darüber hinaus werden 5 weitere Räume in anderen Dienststellen regelmäßig für Schulungszwecke herangezogen.

Im Rahmen des **Ausbildungs- und Prüfungswesens** wurden bis Juni 1977 18 Vorbereitungskurse für Dienstprüfungen abgeschlossen. Zu den Dienstprüfungen traten 136 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes sowie 303 Kanzleibedienstete an. Ab Oktober 1977 wurden wieder neue Vorbereitungskurse für die Ablegung der Dienstprüfungen geführt, an denen insgesamt 378 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes sowie Kanzleibedienstete teilgenommen haben. Im Jahre 1977 fanden für neu aufgenommene Verwaltungsbeamte außerdem 7 Ausbildungsllehrgänge in Maschinschreiben statt, wobei insgesamt 142 Teilnehmer das Kursziel erreicht haben.

Für die Teilnehmer an den Aus- und Fortbildungskursen wurden bereits etwa 100 **Skripten** ausgearbeitet, die laufend der geänderten Sach- und Rechtslage angepaßt werden müssen. 1977 wurde wieder eine Reihe von Skripten zu besonderen fachspezifischen Themen neu herausgegeben. Da die

von der Verwaltungsakademie aufgelegten Skripten nicht nur der Vorbereitung auf die Dienstprüfungen dienen oder als Lernbehelfe für Fortbildungsveranstaltungen Verwendung finden, sondern auch für die praktische Arbeit wertvolle Dienste leisten können, wurde den Dienststellen im Erlaßwege eine Aufstellung über die vorhandenen Skripten übersendet und ihnen die Möglichkeit geboten, aus diesen Beständen Skripten für dienstliche Zwecke anzufordern. Auf Grund des Erlasses wurden insgesamt 3.950 Skripten an die Dienststellen ausgegeben. Darüber hinaus konnten den Besuchern von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen im Jahre 1977 noch 17.625 Skripten zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinsam mit der MD-Verwaltungstechnik und der MD-Verwaltungsrevision wurde begonnen die Ausbildung der Bürokaufmannslehrlinge bei der Stadt Wien zu reformieren. Ziel dieser Bestrebungen ist, die berufliche Ausbildung dieser Lehrlinge praxisnah zu gestalten, um diese besser auf ihre künftige Berufstätigkeit bei der Stadt Wien vorzubereiten.

Wie in den vergangenen Jahren wurde der Englischunterricht für leitende Bedienstete und politische Mandatäre in Form von Kleingruppenkursen und Einzelunterricht weitergeführt. Außerdem erhielten die neu aufgenommenen ausländischen Krankenschwestern wieder Deutschunterricht in Intensivkursen. Als Neueinführung wurden Englischkurse eingerichtet, die außerhalb der Dienstzeit stattfinden und von allen städtischen Bediensteten kostenlos besucht werden können. Den Bediensteten die an Englischkursen teilnehmen, wurde auch die Möglichkeit geboten, Vorstellungen des Englischen Theaters zu besuchen.

Der Umfang des Fortbildungsprogramms der Verwaltungsakademie konnte auch 1977 wieder ausgeweitet werden. An den insgesamt 179 Veranstaltungen — zahlreiche Kurse und Seminarreihen wurden nur als Einzelveranstaltungen gerechnet — haben etwas mehr als 4.500 Bedienstete teilgenommen. Aus der Reihe dieser Veranstaltungen seien nur einige, vor allem aber die neu eingerichteten Seminare und Kurse, als Beispiel herausgestellt: 3 Seminare über „Persönlichkeitsbildendes Teamtraining“ für Bedienstete aus dem Spitalsbereich und aus den mit Grundstückstransaktionen befaßten Dienststellen; 2 Fortbildungskurse für leitende Krankenpflegepersonen (diese Kurse umfaßten sowohl Seminare als auch Einzelvorträge); 1 Seminar über „Verwaltungsstrafverfahren“ für rechtskundige Beamte in den magistratischen Bezirksämtern; 3 Seminare für Vortragende in Dienstprüfungs- und Fortbildungskursen, Schulen und ähnlichen Einrichtungen (Train-the-trainer-Kurse); 1 Seminar für Brandschutzbeauftragte in der Magistratsabteilung 17 — Anstaltenham; 1 Seminarreihe über „Verwaltungsführung in Krankenanstalten“ für leitende Bedienstete in den Anstalten der Magistratsabteilung 17 — Anstaltenham; 5 Schulungskurse für Sicherheitsvertrauenspersonen nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz; 3 Erste-Hilfe-Kurse für Bedienstete der MD-Automatische Datenverarbeitung, des Stadtgartenamtes und ein allgemein ausgeschriebener Kurs; 1 Seminar über „Neuordnung des Kindschaftsrechtes“ für Mitarbeiter der Magistratsabteilung 11 — Jugendamt; 1 Gruppendynamikseminar für Mitarbeiter des psychologischen Dienstes der Magistratsabteilung 11 — Jugendamt; 1 Tiefenpsychologisches Seminar für Kindergärtnerinnen und Horterzieher; 1 Psychodrama-Seminar für Mitarbeiter der Magistratsabteilung 11 — Jugendamt; 1 Fortbildungsseminar für Mitarbeiter in den Ehe- und Familienberatungsstellen der Magistratsabteilung 12 — Sozialamt; 1 Seminar über „Motivation und Mitarbeiterführung“ für die Leiter der Anstaltsapotheken und ihre Stellvertreter; 1 Fortbildungskurs für Schuloberinnen, Lehrvorsteher und leitende Lehrassistentinnen; 2 Kostenstellenrechnungskurse für Bedienstete der Magistratsabteilung 17 — Anstaltenham; 1 Kostenstellenrechnungskurs für Bedienstete aus technischen Dienststellen; 8 Fortbildungskurse für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes im Personal-, Besoldungs-, Rechnungs-, Jugend- und Sozialamt, in den Magistratsabteilungen für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens, für die Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude und für Bevölkerungswesen (MA 2, 3, 6, 11, 12, 50, 52 und 61) sowie in den magistratischen Bezirksämtern; 1 Fortbildungskurs für Amtsvormünder in der Magistratsabteilung 11 — Jugendamt; neben diesen von vornherein auf bestimmte Zielgruppen von Beamten ausgerichteten Veranstaltungen wurden auch die für Bedienstete allgemein zugänglichen Veranstaltungen der Verwaltungsakademie in der bewährten Form weitergeführt. Um den einzelnen Bediensteten das jeweils aktuelle Programm nahebringen zu können, wurde von der Zweiteilung des Jahresprogramms abgegangen, dieses für kürzere Zeiträume erstellt und bekanntgegeben. Dadurch ist es auch gelungen, die Sommerpause bei den Veranstaltungen etwas einzuschränken.

Neben der beruflichen Ausbildung und Fortbildung, in deren Rahmen vor allem fach- und berufs-spezifische Kenntnisse vermittelt werden, wurde auch besonderes Augenmerk auf Verhaltenstraining gelegt. Dazu gehört das Erlernen von praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, wie etwa soziale Sensibilität, Führungseigenschaften, Führungspraktiken, Gruppendynamik und Kooperationsfähigkeit im Team. Solche Seminare erstrecken sich durchwegs über mehrere Tage und müssen, um Erfolge zu erzielen, in einer Umgebung durchgeführt werden, die eine möglichst vollständige Abschirmung von der

Tagesarbeit und den Alltagsproblemen gewährleistet; darüber hinaus soll sie auch die Kontakte und die Kommunikationsfähigkeit der Seminarteilnehmer untereinander fördern. Diese Seminare werden extern in Heimen und Hotels in der Umgebung Wiens abgehalten, die einen zweckmäßigen Ablauf der Seminare gewährleisten. Mit den Beherbergungsbetrieben konnten für die Stadt Wien günstige Konditionen vereinbart werden, die aber auch der Fremdenverkehrswirtschaft Vorteile bringen, da diese Seminare in seasonschwachen Zeiten stattfinden.

Zur Effizienzmessung und Erfolgskontrolle der Aus- und Weiterbildung hat die Verwaltungsakademie unter anderem begonnen, für besondere Veranstaltungen spezielle Beurteilungsbogen auszuarbeiten und deren Beurteilung durch die Kurs- und Seminarteilnehmer auszuwerten. Damit können nicht nur Rückschlüsse auf Lehrinhalte und Gestaltung der Veranstaltungen gezogen werden, sondern auch künftige Fortbildungsmaßnahmen den Bedürfnissen besser angepaßt werden. Darüber hinaus wurde im vermehrten Maße auch der Erfolg der Weiterbildungsveranstaltungen für die praktische Tätigkeit überprüft.

In vielen Fällen war es wegen der geringen Anzahl der betroffenen Bediensteten nicht sinnvoll, interne Fortbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie durchzuführen. Daher wurden laufend einzelne Bedienstete zu Veranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen entsendet. Für den Besuch dieser Veranstaltungen wurden von der Verwaltungsakademie im Jahre 1977 192 Bediensteten Kostenbeiträge in der Höhe von 265.248 S gewährt.

Im Hinblick auf den ständigen Ausbau der Aus- und Fortbildung sind Arbeiten im Gange, die Aufgaben der Verwaltungsakademie als unselbständige Bildungseinrichtung des Magistrats der Stadt Wien auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen. Die Verwaltungsakademie hat daher den Entwurf für eine umfassende rechtliche Regelung ihrer Tätigkeit ausgearbeitet, der im Jahre 1977 bereits einem internen Begutachtungsverfahren unterzogen wurde.

Darüber hinaus hat die Verwaltungsakademie über Auftrag des Bürgermeisters begonnen, eine Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften vorzubereiten. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme dieser Normen mit dem Ziel durchgeführt, einen Überblick über alle noch in Kraft stehenden Rechtsvorschriften zu erlangen. Zu diesem Zweck wurden alle städtischen Dienststellen im Erlaßweg angewiesen, die von ihnen anzuwendenden Wiener Rechtsvorschriften in vorgegebenen Erfassungsbüchern bekanntzugeben. Die Bestandsaufnahme des geltenden Wiener Landesrechtes hat zu folgendem Ergebnis geführt: Von den Dienststellen wurden insgesamt 2.867 Rechtsvorschriften gemeldet und karteimäßig erfaßt. Nach Sichten und Ausscheiden der Doppel- und Mehrfachmeldungen sind 1.146 Rechtsvorschriften zur weiteren Bearbeitung verblieben. Zur lückenlosen Erfassung aller formal noch dem Bestand des Wiener Landesrechtes angehörenden Normen wurde begonnen, die von den Dienststellen gemeldeten Rechtsvorschriften mit allen kundgemachten auf landesrechtlicher Stufe stehenden Vorschriften zu vergleichen, wobei bis auf das Jahr 1848, in Einzelfällen noch weiter, zurückgegangen wird. Insgesamt sind mehr als 11.500 Rechtsvorschriften, die zumindest formal noch als Bestandteil des Wiener Landesrechtes in Geltung stehen könnten, zu überprüfen.

Im Zuge der Änderung der Organisation der Magistratsdirektion wurde mit Wirksamkeit vom 1. März das Referat **Verwaltungsrevision** (MD-VR) geschaffen mit der Aufgabe, vornehmlich durch Revision Arbeitsabläufe und -methoden an Ort und Stelle einer laufenden Überprüfung zu unterziehen. Der Arbeitsbereich der MD-VR umfaßt im großen und ganzen den der ehemaligen MD-Personaleinsatz einschließlich den des ehemaligen Büros für Sofortmaßnahmen und die Agenden der früheren MD-Amtsinspektion.

Im Hinblick auf die Aufgabenstellung wurden im Jahre 1977 292 Revisionen in Magistratsdienststellen vorgenommen, wobei 165 Dienstposten gestrichen werden konnten. In objektiver Anschauung der Situation wurde aber auch eine Anzahl von Dienstposten neu geschaffen oder anders bewertet. Mit der Einrichtung des Referates Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision ist es gelungen, eine Einsparung im Verwaltungsaufwand zu erzielen.

Auf Grund der oben erwähnten Organisationsänderung der Magistratsdirektion sind auch die Agenden der Dienstaufsicht wahrzunehmen, der am 31. Dezember 1977 89 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 5 des höheren Archivdienstes, je 11 des höheren Bibliotheksdienstes und des höheren Dienstes in den Museen, 1.924 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 3.182 Kanzleibeamte, 433 Erzieher, 397 Fürsorger, 44 Bedienstete der automatischen Datenverarbeitung, 168 Büchereibedienstete, 486 Amtshelfen, 71 Teilzeitbeschäftigte, 304 Sondervertragsbedienstete, Heimaufseher, Facharbeiter, Kraftwagenlenker, Hilfskräfte usw., 825 Bürokaufmannslehrlinge, 21 bautechnische Zeichnerlehrlinge, 20 Kanzleipraktikanten, 18 Bedienstete der Stadtbaudirektion, 16 Psychologen, 24 Erziehungsberater und 2 Tierärzte, insgesamt 8.051 Bedienstete unterstanden.

Von den 8.051 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich 133 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, 37 leisteten den Präsenzdienst ab und 115 wurde ein Urlaub ohne Bezüge

gewährt, zum Beispiel als Fortsetzung des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft oder zum Zwecke des Abschlusses eines Studiums. In Ausübung der Dienstaufsicht wurden 1.698 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. 588 Bedienstete schieden durch Tod, Pensionierung, Dienstesentsagung oder Kündigung aus. Dieser Ausfall konnte weitgehend durch Neuaufnahmen oder durch Übernahme aus anderen Verwendungsgruppen ausgeglichen werden. 99 Maturanten bewarben sich um Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und wurden nach Eignungsgesprächen aufgenommen.

Von den 626 Jugendlichen, die sich um Aufnahme als Bürokaufmannslehrlinge bei der Stadt Wien bewarben, sind 533 zur Aufnahmeprüfung angetreten. 291 haben die Prüfung bestanden und 254 ihre Lehrausbildung bei der Stadt Wien begonnen. Von den 17 Jugendlichen, die um Aufnahme als bautechnische Zeichnerlehrlinge ansuchten, haben 10 ihre Lehrausbildung begonnen. Insgesamt standen am 31. Dezember 1977 846 Jugendliche in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien, und zwar 825 als Bürokaufmannslehrlinge (254 im ersten, 264 im zweiten und 307 im dritten Lehrjahr) sowie 21 als bautechnische Zeichnerlehrlinge. Von den 293 Bürokaufmannslehrlingen, die 1977 die Berufsausbildung beendeten, traten 250 zur Kaufmannsprüfung an. 232 bestanden die Prüfung, davon 6 mit ausgezeichnetem Erfolg. Auf Grund der gewonnenen Erfahrung wird mit den ausgebildeten Bürokaufmannslehrlingen der zu erwartende Bedarf an Kanzleibeamten in Zukunft abgedeckt werden können.

In der zentralen Ausbildungsstelle für Bürokaufmannslehrlinge wurden auch im Jahre 1977 wieder 285 Lehrlinge nach den Richtlinien des Berufsausbildungsgesetzes unterwiesen. Sie wurden mit den Grundbegriffen der Kanzleiarbeiten und dem Aufbau des Magistrats vertraut gemacht und haben im Rahmen des Ausbildungsprogramms an Exkursionen teilgenommen.

Lehrlinge, die auf Grund ihrer schulischen Erfolge und arbeitsmäßigen Leistungen während ihrer Ausbildungszeit auffielen, wurden besonders ausgezeichnet. Vom amtsführenden Stadtrat für Personal und Sport wurden sie zu einem Mittagessen oder zu einer Stadtrundfahrt mit Jause eingeladen und erhielten Geschenke, wie Golddukaten, Diplome des Stadtschulrates und Bücher.

Im Interesse der körperlichen Ertüchtigung wurden für Lehrlinge wieder Sportaktionen durchgeführt.

Zur Förderung der Berufsausbildung wurde wie alle Jahre ein Stenographie- und Maschinschreibwettbewerb für städtische Bedienstete veranstaltet. Von den 2.672 abgegebenen Arbeiten wurden 1.421 mit Diplomen bedacht, außerdem 161 Preise vergeben.

Von den für das Lehrlingsreferat der MD-VR zuständigen Bediensteten wurden auch 1977 wieder zahlreiche Kontaktgespräche mit den Lehrlingen selbst, ihren Eltern und Ausbildnern geführt, um ein allen Teilen gerecht werdendes und zufriedenstellendes Ausbildungsziel zu erreichen.

Durch die Krankenkontrolle wurden 2.960 Krankmeldungen überprüft. Bei 1.467 Bediensteten mußte ein Hausbesuch durchgeführt und bei 997 eine amtsärztliche Untersuchung veranlaßt werden.

Das Zentralexpedient beförderte im Jahre 1977 insgesamt 8.802.644 Sendungen, davon 26.675 ins Ausland. Der Aufwand an Portospesen betrug 8.732.409 S. Mit den beiden Zustellwagen wurde eine Strecke von rund 36.000 km zurückgelegt.

An der Amtstafel wurden 1.592 Kundmachungen angeschlagen. Außerdem wurden 40 Kontrollamtsberichte bearbeitet, die insbesondere Verstöße gegen Gebarungsvorschriften oder Mängel aufzeigten, die einer effizienten, zweckmäßigen Verwaltung entgegenstanden. Von den betroffenen Dienststellen wurden jeweils Stellungnahmen eingeholt. In eindeutigen Fällen konnten Mißstände durch entsprechende Anweisungen sofort abgestellt werden. In den überwiegenden Fällen wurden Besprechungen unter Beiziehung der beteiligten Dienststellen einerseits und des Kontrollamtes andererseits abgehalten, bei komplizierten Angelegenheiten auch Revisionen durchgeführt, um einen unmittelbaren Eindruck von der Situation in der jeweiligen Dienststelle zu erhalten. So war es letztlich möglich, den jeweiligen Anregungen des Kontrollamtes Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber auch berücksichtigungswürdige Aspekte der betroffenen Dienststellen in die Erledigung (Erlaß, Dienstanweisung usw.) miteinzubeziehen. Überdies waren in einigen Fällen Maßnahmen zu überlegen, die die Einhaltung von neuen, modifizierten Vorgangsweisen gewährleisten sollen.

Im Jahre 1977 wurden 58 Dienstaufsichtsbeschwerden bearbeitet. Die Vorwürfe reichten von Behauptungen über unfreundliches beziehungsweise bürgerfeindliches Benehmen einzelner Bediensteter bis zum Vorwurf grober Unkorrektheiten gegenüber den Beschwerdeführern. Zumeist konnte der Sachverhalt kurzfristig durch Kontaktaufnahme mit den betroffenen Dienststellen befriedigend geklärt werden; in einigen Fällen waren aber auch Einvernahmen der Bediensteten beziehungsweise Revisionen an Ort und Stelle erforderlich, um die Stichhaltigkeit der Beschwerden zu überprüfen. Hierbei konnten in der Mehrzahl der Fälle einfache Mißverständnisse aufgeklärt beziehungsweise das Unbehagen über geringfügige Verfehlungen von städtischen Bediensteten bei den jeweiligen Beschwerdeführern beseitigt werden. In einigen wenigen Fällen war es jedoch erforderlich, durch direktes Ein-



greifen tatsächlichen Mißständen zu begegnen und durch entsprechende Anordnungen künftighin Abhilfe zu schaffen.

In Angelegenheit der Vollziehung des Zivildienstgesetzes wurde die bisherige Koordinierungstätigkeit fortgesetzt. Zu diesem Zweck fanden Besprechungen mit dem Bundesministerium für Inneres zur Abklärung von Sach- und Rechtsfragen statt. Im Rahmen städtischer Dienststellen wurden zwei weitere Einrichtungen für Zivildienst geschaffen, nämlich im Forst- und Landwirtschaftsbetrieb und beim Landesjugendreferat im Kulturamt.

Im Sinne einer mittelfristigen Finanzplanung wurde unter Mitwirkung sämtlicher Magistratsdienststellen für den Zeitraum 1978 bis 1982 eine Personalbedarfsprognose erstellt. Aus ihr kann die Personalentwicklung bei den einzelnen Dienststellen einerseits beziehungsweise bei den jeweiligen Beamtengruppen andererseits abgeleitet werden.

Im vierten Bestandsjahr des ehemaligen Büros für Sofortmaßnahmen, das der MD-VR eingegliedert wurde, konnte die Aufgabenstellung fortgesetzt beziehungsweise weiter ausgebaut werden. Den verschiedensten Beschwerden oder Anregungen, die unter anderem aus der Bevölkerung, von den politischen Mandataren, durch die Massenmedien oder sogar von der Volksanwaltschaft herangetragen wurden, ist man nachgegangen und hat versucht, den Wünschen, wenn sie gerechtfertigt waren, zu entsprechen. Besonders zu erwähnen ist der sehr gute Kontakt zwischen der MD-Verwaltungsrevision und den Beschwerdeführern beziehungsweise deren Vertretern.

Im Jahre 1977 fielen 629 Geschäftsfälle an, von denen 75 Prozent einer positiven Erledigung zugeführt werden konnten. Selbstverständlich war das Bestreben darauf ausgerichtet, die Anliegen möglichst unbürokratisch zu erledigen. Wegen ihrer Breitenwirkung wären einige Fälle hervorzuheben: Koordinierung der Verhandlungen der Stadt Wien mit den Österreichischen Bundesbahnen — Schaffung der Vertragsgrundlagen mit den ÖBB für die Einrichtung eines S-Bahn-Taktverkehrs nach Liesing und nach Leopoldau; Projektierung der Beschleunigungsmaßnahmen für die Straßenbahnlinien 5 sowie 52 und 58; Behebung von Grundwassergefährdungen durch gewerbliche Betriebe; Koordinierung des Abbruchs eines Privatwohnhauses auf Grund von ständigen sanitären Übelständen; Schaffung der rechtlichen Grundlagen zum raschen Neubau des Wanderweges in 16, Paulinensteig; Projektierung der Lärmschutzmaßnahmen an der Per Albin Hansson-Siedlung Nord; Schaffung eines zusätzlichen Parkplatzangebotes in 10, Florian Geyer-Gasse; Koordinierung der Untersuchungen nach Hangrutschungen im Bereich der Rainer-Siedlung in 23, Maurer Berg; Sanierung einer Wehranlage des Mauerbaches.

1977 wurde über etwa 400 Anträge auf Zuerkennung beziehungsweise Änderung der Höhe von Kilometergeldern entschieden. Als Ergebnis der genauen Überprüfungen konnten Überschreitungen in Grenzen gehalten werden.

Hinsichtlich der Zuerkennung von Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen, Stenographengebühren und Mehrdienstleistungsvergütungen wurde bei der Bearbeitung von 1.600 derartigen Anträgen ebenfalls ein strenger Maßstab angelegt, was zur Reduzierung der Anzahl von Personalzulagen führte. Die Änderung des Nebengebührenkataloges zog eine Vermehrung der Zuerkennung von Kassierzulagen nach sich. Da sich in Abteilungen mit Bediensteten in vielen verschiedenen Verwendungsgruppen die Verrechnung der Nebengebühren mitunter sehr schwierig und zeitaufwendig gestaltet, wurde im Einvernehmen mit dem Besoldungsamt und den jeweiligen Abteilungen begonnen, die Verrechnungsmodalitäten noch mehr als bisher nach den Prinzipien von Zweckmäßigkeit, Raschheit und Übersichtlichkeit zu gestalten.

Im Jahre 1977 wurden insgesamt 896 Dienstreisen beantragt. 59 Anträge wurden abgelehnt und 69 entweder zeitlich oder personenmäßig reduziert. In dieser Zahl sind die über das Wiener Stadtgebiet hinausführenden Kurzreisen nicht enthalten, da für sie zur Verwaltungsvereinfachung teilweise Generalgenehmigungen erteilt wurden. Bei diesen Kurzreisen handelt es sich um ständig wiederkehrende Fahrten zur Betreuung von Baustellen, Begleitung von in städtischen Heimen untergebrachten Kindern und Jugendlichen, Begleitung von Patienten, ferner um Fahrten, die im Zusammenhang mit der Betreuung von länger währenden Ausstellungen unbedingt erforderlich sind, um Kurzfahrten, die im Zusammenhang mit notwendigen Reparaturen an Fahrzeugen und Geräten durchzuführen sind sowie um Fahrten, die von den Dienstkraftwagenlenkern im Auftrag von Funktionären und Beamten der Stadt Wien zu absolvieren sind.

Einer Reihe von Bediensteten wurde die Möglichkeit geboten, bei Kongressen und Tagungen neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln. Da die Stadt Wien in vielen internationalen Fachausschüssen vertreten ist, waren auch in diesem Zusammenhang Dienstreisen zum Besuch der entsprechenden Tagungen notwendig. So ergab sich für den U-Bahn-Bau eine Mitarbeit im technischen Arbeitskreis der Bundesrepublik Deutschland. Eine Delegation der Stadt Wien nahm im Juni 1977 am 12. Europäischen Gemeindetag in Lausanne teil, eine weitere im September 1977 am 23. Weltkongreß des Internationalen Gemeindeverbandes in Hamburg. Der 28. Österreichische Gemeindetag fand im

Mai 1977 in Salzburg statt. Weiters unternahmen Mitglieder einiger Gemeinderatsausschüsse Studienreisen nach Skandinavien, Holland, England, Belgien, in die Sowjetunion und in die Bundesrepublik Deutschland.

Im Zuge der Änderung der Organisation der Magistratsdirektion wurde mit Wirkung vom 1. März 1977 die **Verwaltungsorganisation (MD-VO)** als neues Referat der Magistratsdirektion geschaffen. Hauptaufgabe der neuen Dienststelle ist es, die Verwaltung funktionsgerecht zu gestalten und Maßnahmen der Verwaltungs- und Betriebsreform vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wurden der Verwaltungsorganisation folgende Aufgaben übertragen: Verwaltungs- und Betriebsreform und damit zusammenhängende grundsätzliche Personalangelegenheiten; Organisation von Verwaltungsvorgängen, insbesondere im Vorfeld der automatischen Datenverarbeitung; Vorbereitung der Vergabe und Betreuung von Aufträgen an private Betriebsberatungen; Genehmigung von Dienst- und Organisationsvorschriften, soweit sie den Wirkungsbereich einer Dienststelle überschreiten; Prüfung von Vorschlägen städtischer Bediensteter zur Vereinfachung und Reform der Verwaltung (Betriebliches Vorschlagswesen); Anträge an den Bürgermeister und an den Gemeinderat über die Organisation, Auflassung und Errichtung von städtischen Ämtern, Anstalten und sonstigen Dienststellen des Magistrats sowie Anträge über die Erlassung und Abänderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat; Führung des Dienstpostenplanes sowie Mitwirkung bei der Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten; Beschaffung von Räumlichkeiten für Zwecke des Magistrats oder sonstiger Einrichtungen der Stadt Wien, Vergabe der Amtsräume sowie Organisation und Kontrolle der Instandsetzung von Amtsgebäuden beziehungsweise Amtsräumen; Genehmigung der Anschaffung von Büromaschinen, Schreib- und Rechenmaschinen ausgenommen, Karthothekeneinrichtungen, Langstampiglien mit Adressenangaben, Siegeln, Zeitschriften, Gesetzblätter und Amtsliteratur sowie von Gegenständen der Büro- und Arbeitstechnik (Telefonanlagen, Kopiergeräte, Schreibautomaten usw.) und von bestimmten technischen Geräten (Kühlschränke, Fernsehgeräte usw.); Organisation der Textverarbeitung; Genehmigung der Anschaffung von Drucksorten und Mitwirkung im Drucksortenkomitee und in der Formularkommission.

In den ersten Monaten des Jahres 1977 standen der Aufbau der neuen Dienststelle sowie die Übernahme und Bearbeitung von Agenden im Vordergrund, die bisher von der MD-Amtsinspektion besorgt worden waren.

Eine umfangreiche und neue Aufgabe wurde der MD-VO mit der Vorbereitung der Feinstrukturierung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien übertragen. Ziel der Arbeiten ist die detaillierte Prüfung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte der Geschäftseinteilung, und zwar Zusammenarbeit der Dienststellen, Entflechtung von Zuständigkeiten, Schaffung überschaubarer Verwaltungsbereiche, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, Beachtung bestehender Sachzusammenhänge, Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung sowie Kostenersparnis. Im technischen Bereich betrifft es Fragen erhöhter Sicherheit und die Trennung von ausführenden und überwachenden Funktionen. Außerdem ist aber auch auf jene Änderungen Bedacht zu nehmen, die sich zwangsläufig aus der fortschreitenden Rechtsentwicklung, aus neuen Verwaltungsaufgaben und aus inzwischen vorgenommenen Organisationsänderungen ergeben haben. Bis zum Jahresende konnten die Arbeiten an den Geschäftsgruppen „Personal und Sport“, „Finanzen und Wirtschaft“, „Kultur, Jugend und Bildung“, „Stadtplanung“, „Bauten“ sowie „Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz“ in der ersten Etappe abgeschlossen werden. Zu diesem Zweck war die Durchführung von mehr als 40 Besprechungen mit den Abteilungsleitern der betroffenen Dienststellen erforderlich, detaillierte Textentwürfe mußten verfaßt und durch Berichte über die Hintergründe der Veränderungen ergänzt werden. Bei der Erstellung der Entwürfe wurde besonders darauf geachtet, daß einerseits moderne Organisationsprinzipien Berücksichtigung finden, andererseits klare Kompetenzabgrenzungen zwischen den einzelnen Fachdienststellen zur Vermeidung von Unklarheiten getroffen werden. Im Verlauf der Bearbeitung war es immer wieder notwendig, die Textentwürfe für die Geschäftseinteilung der bereits behandelten Geschäftsgruppen zu revidieren. Es schien daher zweckmäßig, die durchgeführten Korrekturen mit den Leitern der betroffenen Abteilungen zu besprechen. Die Bearbeitung der verbleibenden Geschäftsgruppen wird im ersten Quartal 1978 fortgesetzt und beendet werden. Im Zuge der Endredaktion sollen nach den bereits in der ersten Phase vorgenommenen sachlichen Veränderungen auch formelle und sprachliche Korrekturen durchgeführt werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe der MD-Verwaltungsorganisation bildete die Behandlung des Fragenkomplexes „Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich“. Nach einer Erhebung des Ist-Zustandes wurden gemeinsam mit den in Frage kommenden Dienststellen Verbesserungsvorschläge erarbeitet und zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, von denen eine mit der Verbesserung der Kommunikation zwischen den beteiligten technischen Dienststellen, mit der Anwendung technischer Methoden zur Verminderung der Verkehrsbeeinträchtigung und mit dem Überwachungs- und dem Schulungsproblem befaßt wurde, während die andere Arbeitsgruppe rechtliche und finanzielle Fragen zu klären hatte



UN-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim stattet dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Bürgermeister Leopold Gratz im Gespräch mit dem hohen Gast

#### Magistratsdirektion

Kronprinz Hassan Bin Talal, der jüngste Bruder des Königs von Jordanien, besucht das Rathaus, wo er von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt wird





Der Bürgermeister von London, Commander Sir Robin Gillett, wird von Bürgermeister Leopold Gratz im Rathaus empfangen, wo er sich in das Goldene Buch der Stadt Wien einträgt

Magistratsdirektion

Der Bürgermeister der bulgarischen Hauptstadt Sofia, Iwan Panev, kam auf Einladung von Bürgermeister Leopold Gratz zu einem einwöchigen Besuch nach Wien



Beide Arbeitsgruppen konnten bereits konkrete Vorschläge vorlegen. Die Arbeiten werden zielgerichtet fortgeführt.

Auf Grund einer Anregung des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Planung, Universitätsprofessor Dipl.-Ing. Dr. Wurzer, befaßte sich die MD-Verwaltungsorganisation im besonderen auch mit der Frage einer Reorganisation des baupolizeilichen Verfahrens. Dieses erste, größere Projekt, das die MD-VO auf dem Gebiete der Ablauforganisation in Angriff nahm, wurde durch einen Auftrag der Magistratsabteilung für Stadtstrukturplanung, der an den Präsidenten der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Architekt Dipl.-Ing. Rollwagen, vergeben wurde, unterstützt.

Im Jahre 1977 wurden außerdem Vorarbeiten für ein Konzept zur effektiveren Bewältigung von im Magistrat anfallenden Vervielfältigungsarbeiten geleistet. Es wurde untersucht, ob nicht durch eine weitgehende Zentralisierung der Vervielfältigungsarbeiten (Kopieren, Umdruckverfahren und dergleichen) und durch Einführung kostengünstigerer Vervielfältigungsmethoden eine Verbesserung der Büroorganisation in vielen städtischen Dienststellen zu erreichen ist.

Im Zusammenhang mit der Einführung der automatischen Datenverarbeitung im Bereich der Wiener Krankenanstalten begann die MD-VO mit der Bearbeitung von zwei Großprojekten, und zwar einerseits mit der Überprüfung des Entwurfes, der ein neues Organisationskonzept für die Wiener Krankenanstalten betraf, und andererseits mit der Behandlung allgemeiner Fragen, die in Zusammenhang mit der Einführung der automatischen Datenverarbeitung in diesem Bereich stehen. Das vorliegende Organisationskonzept wurde eingehend überprüft und seine grundsätzliche Eignung für die Reorganisation der Wiener Spitalsverwaltung festgestellt. Hinsichtlich der Einführung der automatischen Datenverarbeitung kam es zu intensiven Gesprächen mit der MD-ADV und dem Anstaltenamt, die zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung entsprechender Unterlagen führte. Die ersten Ergebnisse werden für Anfang Februar 1978 erwartet. Im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses ergaben sich überdies verschiedene organisatorische Probleme. Die MD-VO übernahm die Koordination zwischen der mit der Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses betrauten AKPE (Allgemeines Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs AG) und dem Anstaltenamt und sorgte für die Schaffung verschiedener Gesprächsebenen. Weiters wurde im Einvernehmen mit der MD-VR und der Magistratsabteilung für allgemeine Personalangelegenheiten ein Grundkonzept betreffend Mitarbeit des Anstaltenamtes bei der Entwicklung der Betriebsorganisation des Allgemeinen Krankenhauses ausgearbeitet.

Im großen Bereich des Krankenanstaltenwesens ergab sich für die MD-VO außer den angeführten Problemen noch eine Reihe von Organisationsaufgaben, wie etwa die Bearbeitung des Fragenkomplexes „Vereinheitlichung der Kreditevidenzen und des Rechnungslaufes beim Anstaltenamt und der von ihr beauftragten technischen Fachdienststellen“ sowie die Fortsetzung der Bearbeitung des Wäschereikonzeptes. Gerade die letztgenannte Aufgabe stellt eine erhebliche Belastung der Verwaltungsorganisation dar und schließt in sich nicht nur organisatorische, sondern auch betriebliche, technische und Koordinationsprobleme.

Auf dem Gebiete der Aufbauorganisation beschäftigt sich die MD-VO mit der Entwicklung einer neuen Form der Referateinteilung der städtischen Dienststellen beziehungsweise mit der Erstellung eines Modells für die Bearbeitung des Dienstpostenplans mittels automatischer Datenverarbeitung. Die Arbeiten werden zügig vorangetrieben und stehen unmittelbar vor einem ersten Abschluß. Eine weitere konkrete Problemstellung der Aufbauorganisation wird im Bereich der mit Liegenschaftstransaktionen beschäftigten Magistratsabteilung für Grundstücksangelegenheiten bearbeitet.

Ferner wurden zahlreiche Wahrnehmungsberichte des Kontrollamtes bearbeitet und auf Grund von Feststellungen in diesen Berichten eine größere Zahl organisatorischer Anordnungen getroffen. An erster Stelle stand die Festlegung von Beschaffungskompetenzen für verschiedene Magistratsabteilungen, sogenannte Spezialerfordernisse, die umfangreiche organisatorische Vorbereitungen erforderlich machten. Daneben wurden etwa Fragen der Organisation des Tankstellenwesens, der Reinigung städtischer Brunnen, der Durchführung von Transportleistungen, der Führung von Erholungseinrichtungen, der Verwaltung von Gastgewerbekonzessionen und dergleichen behandelt.

Der MD-VO obliegt auch die Vergabe von Amtsräumen und die Durchführung organisatorischer Maßnahmen im Zusammenhang mit größeren Instandsetzungsarbeiten in Amtshäusern (A m t s - r a u m l e n k u n g). Folgende größere Amtsräumprojekte wurden 1977 durchgeführt: Die Magistratsabteilungen für Wohnhausbau und für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen in städtischen Objekten wurden vom Neuen Amtshaus, das einer Generalrenovierung unterzogen werden soll, in das neu errichtete und von der Stadt Wien zum größten Teil gemietete Objekt in 8, Lange Gasse 30, übersiedelt. Die Mieträume wurden vom Vermieter nach den Richtlinien der Amtsräumlenkung geplant und ausgestattet.

Aus organisatorischen Gründen wurden die Magistratsabteilungen für Sozialversicherung und für

Sanitätsrechtsangelegenheiten, bisher im Amtshaus in 12, Niederhofstraße 23, beziehungsweise in 1, Auerspergstraße 4, beide im Amtshaus Modenapark untergebracht.

Die Buchhaltungsabteilung XV wurde aus unzureichenden Kellerräumen des Objektes in 3, Am Heumarkt 2 b, in ausreichende und helle Büroräume in 1, Volksgartenstraße 1—3, übersiedelt.

Die Magistratsabteilung für Informationswesen konnte wieder in das Rathaus rückübersiedelt werden. Die Abgabenhauptverrechnung und die angeschlossenen Abteilungen der Magistratsabteilung für Allgemeine Finanzverwaltung—Steuern und Abgaben—Referat 7 sowie die des Kulturamtes wurden in entsprechend adaptierte Räume im Bürohaus in 1, Volksgartenstraße 1—3, endgültig untergebracht. Die Buchhaltungsabteilung I, die aus Gründen der Raumknappheit aus dem Rathaus abgesiedelt werden mußte, wurde in entsprechend adaptierte Räume des Objektes in 1, Reichsratsstraße 17, eingewiesen.

Im Jahre 1977 waren die neu entstandenen Abteilungen des Kontrollamtes rasch im Rathausviertel unterzubringen. Der Absicht, die Referate der Stadtbaudirektion im Bereich Doblhoffgasse—Auerspergstraße zu konzentrieren, wurde durch die auf Grund von Bauarbeiten erforderliche Übersiedlung der Referate II, IV und VI in die Objekte 1, Auerspergstraße 4, und Stadiongasse 6—8, entsprochen.

Im Rathaus war die neu errichtete betriebsärztliche Station entsprechend unterzubringen und einzurichten.

Die Überlegungen hinsichtlich der organisatorisch zweckmäßigen und wirtschaftlichen Unterbringung der Dienststellen des Magistrates wurden in einer Studie über mittelfristige Amtsraumplanung im Rathausviertel zusammengefaßt.

Von der Amtsraumlenkung wurden weiterhin größere Renovierungsarbeiten, wie die laufende Generalrenovierung des Bezirksamtshauses 15, Gasgasse 8—10, organisiert und betreut. Die Generalrenovierung des Bezirksamtshauses 16, Richard Wagner-Platz 19, wurde mit der Renovierung der Fassaden, der Instandsetzung und Begrünung der Gehsteigflächen abgeschlossen.

Die MD-VO ist auch mit allen organisatorischen Angelegenheiten der Errichtung des Bürogebäudes in 1, Stadiongasse—Rathausstraße (Forum) betraut. Mit Ende des Jahres 1976 waren die Vorbereitungsarbeiten soweit abgeschlossen, daß die Bauarbeiten zu Beginn 1977 voll einsetzen. Die noch offenen Fragen hinsichtlich der von der Vertragsfirma Gesiba vorgebrachten Wünsche auf Abänderungen der Verträge wurden in zahlreichen Verhandlungen unter Beiziehung von Experten des Steuer- und Wohnbaurechtes geprüft und nunmehr weitestgehend geklärt. Die MD-VO veranlaßte im Einvernehmen mit der MD-Stadtbaudirektion die Einsetzung eines städtischen Bauaufsichtsorgans, das die Bauarbeiten ständig überwacht und über entstehende Probleme berichtet. Von der Baufirma beziehungsweise vom planenden Architekten sind in den letzten Monaten laufend technische Probleme an die MD-VO herangetragen worden, die weitestgehend geklärt werden konnten. Es erwies sich nunmehr als erforderlich, bereits jetzt Fragen der zukünftigen Gestaltung der Büroräume zu klären. Aus diesem Grunde setzte die MD-VO eine Arbeitsgruppe ein, die bis Mitte 1978 die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Gestaltung der Büroräume, insbesondere im Bereiche der MD-ADV, zu klären haben wird. Eine weitere Arbeitsgruppe wird sich im Auftrag der MD-VO mit der Detailausarbeitung eines Sicherheitskonzeptes beschäftigen und ihren diesbezüglichen Bericht ebenfalls bis Mitte 1978 vorzulegen haben. Ferner wurden aber auch erforderliche Anpassungen des Bauwerks an die moderne technische Entwicklung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung vorgenommen; auf Grund einer damit in Zusammenhang stehenden Umplanung des Gebäudes gelang es, in schwierigen Verhandlungen unter der Leitung der MD-VO die Gesamtkosten für das Bauwerk um rund 30 Prozent zu reduzieren.

Weiters wurde eine Reihe kleinerer Vorhaben durchgeführt, die der Verbesserung der Ausstattung von Räumen, aber auch der Verbesserung in organisatorischer Hinsicht dienen. Die Instandsetzung von Hauswartwohnungen zur Schaffung einer zeitgemäßen Wohnqualität wurde weiter fortgesetzt. Desgleichen werden laufend die Aufenthalts- und Sanitäräume des Reinigungspersonals den neuzeitlichen Anforderungen entsprechend ausgestattet.

Der MD-VO obliegt weiters die Führung des Dienstpostenplanes. 1977 wurden insgesamt 297 Anträge auf Änderung im Dienstpostenplan bearbeitet, 229 schriftliche Verfügungen über Änderungen verfaßt und die betreffenden Dienststellen hievon verständigt. Mehr als 50.000 Eintragungen und Vormerkungen mußten in den Karteien und Unterlagen des Dienstpostenplanes durchgeführt werden, die sich aus Änderungen der dienstrechtlichen Stellung der einzelnen Bediensteten sowie durch Versetzungen, Neuaufnahmen, Abgänge, Verehelichungen usw. ergaben. Aus der Führung des Dienstpostenplanes beziehungsweise aus dem in der Geschäftseinteilung ausdrücklich festgelegten Mitwirkungsrecht der MD-VO bei der Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten ergaben sich zahlreiche Ansatzpunkte für aufbau- oder ablauforganisatorische Maßnahmen. Zu erwähnen wären

etwa die im Einvernehmen mit der Verwaltungsrevision getroffenen Festlegungen hinsichtlich der Verwendung eines Brückenmeisters der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau im Bereiche der Magistratsabteilung der Straßenverwaltung und Straßenbau-Gruppe Bundesstraßenverwaltung, die Behandlung von Personalproblemen bei der Rathauswache, die personellen Veränderungen im Offiziersdienst der Feuerwehr und dergleichen. Weiters hat die MD-VO im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision hinsichtlich der Beschäftigung von Bediensteten aus Arbeitskräfteverleihfirmen eine Neuregelung getroffen, die es in Hinkunft möglich machen wird, auf die Beistellung von Arbeitskräften solcher Firmen zur Gänze zu verzichten.

Der MD-VO wurden ferner insgesamt 185 Verbesserungsvorschläge zur Bearbeitung zugeteilt. Ein Großteil der Vorschläge konnte bis 31. Dezember 1977 bearbeitet und der Beurteilungskommission zur Entscheidung zugeleitet werden. Eine beträchtliche Zahl positiv beurteilter Vorschläge wurde nach ihrer Bearbeitung in der Kommission der MD-VO zur Realisierung übermittelt; soweit dies möglich war, wurden unverzüglich entsprechende Veranlassungen zur Umsetzung dieser Vorschläge in die Verwaltungspraxis getroffen.

Die MD-VO ist auch für die Genehmigung der Anschaffung bestimmter Büroorganisationsmittel, wie etwa Amtsliteratur, Rundsiegel und Langstampiglien und Geräte der Bürotechnik (Diktiergeräte, Kugelkopfschreibmaschinen, Vervielfältigungsgeräte) zuständig, und es obliegt ihr weiters auch die Bewilligung der Beschaffung von verschiedenen technischen Geräten auf dem Gebiete des Fernmeldewesens (Funk- und Telefon-Anlagen) sowie bestimmter technischer Geräte (Kühlschränke, Speisewärmer und dergleichen). 1977 wurden vor allem die möglichst weitgehende Vereinheitlichung der Büroorganisationsmittel und der technischen Einrichtungen sowie der zweckmäßige Einsatz solcher Mittel und Geräte eingehend geprüft.

Bei der Auflage von Sonderdrucksorten einzelner Dienststellen und von Allgemeinen Drucksorten hat die MD-VO im Drucksortenkomitee auf die zweckmäßige Gestaltung der Drucksorten Einfluß genommen.

Die der MD-Verwaltungsorganisation zugehörige „Textverarbeitung“ (Erstellung von Schriftgut mittels automatischer Schreibmaschinen) hat im Jahre 1977 für den Herrn Bürgermeister, den Herrn Vizebürgermeister, für die Amtsführenden Stadträte *Mayr* und Univ.-Prof. Dr. *Stacher* sowie für diverse Dienststellen des Magistrats insgesamt 15.990 Seiten DIN A 4 und 2.574 Kuverts geschrieben.

Das Schwergewicht des mit 1. März 1977 geschaffenen Referates *Verwaltungstechnik* lag insbesondere bei der Errichtung einer betriebsärztlichen Station, bei der Personalwerbung und bei der internen Postenausschreibung. Das Referat *Verwaltungstechnik* hatte federführend für die Errichtung einer betriebsärztlichen Station im Rathaus zu sorgen. Diese Station konnte am 3. Oktober 1977 ihre Tätigkeit aufnehmen und hat sich bereits in den wenigen Monaten ihres Bestehens bestens bewährt. Sie wird täglich durchschnittlich von rund 30 Mitarbeitern frequentiert. Durch diese Serviceleistung der Stadt Wien ist es möglich, die medizinische Betreuung der Mitarbeiter zu verbessern. Außerdem ergibt sich auch für den Dienstgeber der Vorteil einer Reduktion von Fehlzeiten der Bediensteten und eine Kostenersparnis, da die Station von der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Gemeinde Wien betrieben wird.

Im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für Informationswesen wird die Personalwerbung in der Presse nach neuen Gesichtspunkten erstellt. Durch eine einheitliche Gestaltung konnte vor allem die Werbewirksamkeit der Inserate erhöht, aber auch eine bessere Breitenwirkung erzielt und qualifiziertere Bewerber angesprochen werden. Es bahnt sich bereits eine Entspannung am Recruitingsektor an, und offene Posten können mit geeigneten Bewerbern besetzt werden.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die Leistung eines Mitarbeiters dann ansteigt, wenn ihm die Möglichkeit geboten wird, seine Talente bestmöglich einzusetzen und in einem Aufgabengebiet zu wirken, dem sein Interesse gilt. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Magistratsdirektion im Erlaßwege — unabhängig von der Stellenausschreibung für leitende Dienstposten — auch andere offene Posten ausgeschrieben und die Mitarbeiterschaft eingeladen, sich bei Interesse um diese Dienstposten zu bewerben. Diese Aktion ist erfolgversprechend angelaufen, so daß eine Fortsetzung beabsichtigt ist.

Die Arbeiten der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV) waren im Jahre 1977 von fünf Komponenten gekennzeichnet, nämlich von der planmäßigen Weiterentwicklung der der MD-ADV übertragenen Projekte und der Konsolidierung und Optimierung bereits laufender Projekte, von der aus dem Bereich des Gesundheitswesens erfolgten Übernahme der Patientenadministration, Kostenrechnung usw. verbunden mit einem weiteren Ausbau der Hardwareeinrichtungen, wobei erstmals für den Bereich der Stadt Wien der Einsatz moderner und leistungsfähiger Mini-Computer vorgesehen wurde, sowie schließlich von der Weiterentwicklung und Verbesserung der in der

MD-ADV eingesetzten Basissoftware und der Organisation der MD-ADV, insbesondere hinsichtlich Aufbau der Internen Kostenrechnung.

In der Folge werden einzelne Leistungen, die von besonderer Bedeutung sind, angeführt:

**Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten:** Der Aufbau einer zentralen Personenevidenz, die sich aus der Zusammenführung der Daten aus den Standesämtern, aus der Wählerevidenz und aus der Personenstands- und Betriebsaufnahme ergibt, wurde insofern erweitert, als — vorerst testweise — auch jene Meldedaten, die nicht im Wege der Wählerevidenz in den zentralen Personendatenbestand einfließen, erfaßt und verwertet wurden. Außerdem wurde mit einer Neuorganisation der Schulpflichtmatrik begonnen.

In der Bezugsverrechnung konnten die restlichen Verrechnungsgruppen auf das neu konzipierte Verrechnungssystem übernommen werden, so daß nunmehr die gesamte Bezugsverrechnung einheitlich über IBM-Anlagen erfolgt. Daneben wurde mit Vorbereitungsarbeiten für ein Personalauswertungssystem, dessen Grundlage die Dateien der Bezugsverrechnung bilden, begonnen.

Neben Verbesserungsmaßnahmen in der Abgabenverrechnung konnte die Automatisierung der Wasserzählerverwaltung im Bereich der Wasserwerke abgeschlossen werden.

Die Voruntersuchung für die Automation der Haushaltsverrechnung sowie die Vorbereitung für die erforderliche Geräteanschaffung wurden termingerecht fertiggestellt, mit den Arbeiten an der Übernahme der Abwassergebühr in die automatisierte Abgabenverrechnung wurde begonnen.

Die Arbeiten am „Räumlichen Bezugssystem Wien“ konnten hinsichtlich Koordinationsdatei (1. Ausbaustufe des Gesamtsystems) realisiert werden. Erwähnenswert ist auch die Installation des Planungssystems KODAS, mit dessen Hilfe bereits 40 Planungsprojekte unterstützt werden konnten.

Mit der AKPE (Allgemeines Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs AG) konnte nach eingehenden Verhandlungen ein Vertrag über die Benützung des Programmsystems „Auftragsabwicklung im Bauwesen“ der MD-ADV abgeschlossen werden. Mit der AKPE hat sich nach dem Bundesministerium für Bauten und Technik, dem Bundesland Salzburg und diversen Firmen einer der größten Benützer für dieses Paket entschieden.

Im Projekt „Mietenverrechnung“ wurden die Arbeiten so weit vorangetrieben, daß alle Programme zur Vorschreibung und zum automatischen Einzug von der Anlage BULL auf die IBM-Anlagen übernommen werden konnten. Somit war die Voraussetzung für den Abbau der BULL-Anlage Mitte 1977 gegeben.

Voruntersuchungen wurden hinsichtlich der Neuorganisation der Wiener Städtischen Büchereien sowie über die EDV-unterstützte Evidenzführung der Einrichtungen der öffentlichen Beleuchtung und eines Instandhaltungsplanes der Magistratsabteilung für Öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase durchgeführt.

Planmäßig konnten in der Graphischen Datenverarbeitung die Vorbereitungsarbeiten für die Installation des für die Produktion der Wiener Stadtkarte benötigten interaktiven Digitizers abgeschlossen werden. Dieses Gerät wurde mit Jahresende 1977 angeliefert.

**Aktivitäten im Gesundheitswesen:** Nach der Einrichtung eines eigenen Referates in der MD-ADV wurde das Programmsystem „Patientenadministration“ vom Rechenzentrum der Firma IBM auf die Anlagen der MD-ADV übernommen und nach Umstellung auf die in der MD-ADV in Verwendung stehende Standardsoftware unmittelbar mit der Konsolidierung dieses Systems begonnen, um dieses in weiteren Spitälern einsetzen zu können. Gleichzeitig wurden Wünsche der Fachabteilung entsprechend berücksichtigt. Unter großem Termindruck begannen im dritten Quartal 1977 die Arbeiten für die Automation der Bettenzentrale und für den computerunterstützten Einsatz der Spitalskostenrechnung. In diesem Zusammenhang darf auf die unter der Federführung der MD-ADV durchgeführte Ausschreibung für leistungsfähige Minicomputer besonders hingewiesen werden, auf Grund deren Ergebnisse mit Anfang des Jahres 1978 mit dem schrittweisen Einsatz dieser Geräte begonnen werden kann.

**Hardware-/Software-Entwicklung:** Vordringlich wurden die Arbeiten für die Grundsoftware für den im Spitalsbereich geplanten Einsatz der bereits erwähnten Minicomputer in Angriff genommen. Erfolgreich waren die Bemühungen, die in der MD-ADV eingesetzte Basis-Software (Datenfernverarbeitungssystem, Datenbanksystem, Betriebssystem usw.) weiter zu konsolidieren. Außerdem wurde im Rahmen der verfügbaren Kapazität der Optimierung bereits laufender Benutzerprogramme verstärktes Augenmerk zugewendet und damit die Wirtschaftlichkeit der Problemlösungen (Projekte) gesteigert.

Die Wirtschaftlichkeit und die Leistungsfähigkeit der Anlagen in der MD-ADV konnten durch eine Kernspeicher-Erweiterung an einer der beiden Zentraleinheiten IBM 370/158 und durch die Vergrößerung der Direktspeicherkapazität (Austausch der Plattenlaufwerke 3330 gegen solche der Type 3350)



gesteigert werden. Außerdem wurde das Datenfernverarbeitungsnetz weiter ausgebaut, so daß mit Jahresende insgesamt 137 TP-Geräte installiert waren.

Bemerkenswert ist der verstärkte Einsatz von Mikrofilmleinrichtungen. Ende 1977 standen insgesamt 30 Geräte in Verwendung.

Im Bereich der Datenerfassung erfolgte eine Ausschreibung für ein modernes Datensammelsystem. Die neuen Geräte sollen Mitte des Jahres 1978 in Betrieb genommen werden. Die Anlage BULL-GE 435 wurde mit Juli 1977 stillgelegt und im Herbst endgültig abgebaut. In den frei gewordenen Maschinenräumen wurde ein modernes Endverarbeitungszentrum errichtet.

Auf Grund gezielter Maßnahmen im Rechenzentrumsbetrieb konnten 1977 mehr als 11 Millionen Schilling gegenüber den ursprünglichen Budgetansätzen eingespart werden. Weitere 4,6 Millionen Schilling gelangten nicht zur Anweisung, weil wirtschaftliche Überlegungen zu kostengünstigeren Lösungen bei Hard- und Software-Anschaffungen geführt haben.

**Interne Organisation:** Die Entwicklung der ADV-internen Kostenrechnung konnte soweit abgeschlossen werden, daß nunmehr eine möglichst exakte Kostendarstellung und eine permanente Verfolgung der Kosten in allen Aufgabenbereichen der MD-ADV erreicht wurden und bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen (Kosten-/Nutzen-Überlegungen) eine bessere Unterstützung für die Referate gegeben war.

Durch die Einrichtung der Internen Revision und durch die Bildung eines Referates für Zentrale Dokumentation sowie durch interne organisatorische Maßnahmen konnten die Effizienz, die Leistungsfähigkeit, die Sicherheit und die Ordnungsmäßigkeit des laufenden Betriebes in der MD-ADV weiter verbessert werden.

Der Zuwachs von neuen und großen Aufgaben bedingten die Einstellung und die Ausbildung neuen Personals. Durch Anmietung zusätzlicher Arbeitsräume im Bereich Luegerring konnte der Bedarf an Arbeitsplätzen gedeckt werden. Der Mitarbeiterstand wurde von 203 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1977 auf 214 Bedienstete am Jahresende erhöht, der Dienstpostenplan weist 226 Posten aus.

Abschließend ist noch auf den mit Jahresanfang 1977 stattgefundenen Baubeginn am Bürogebäude, 1, Stadiongasse—Rathausstraße, hinzuweisen, in dem ab dem Jahre 1980 neben anderen Stellen auch das neue Rechenzentrum der Stadt Wien eingerichtet werden wird. In die für die Errichtung dieses Gebäudes erforderlichen Detailplanungen wurde die MD-ADV, insbesondere in bezug auf die technischen Belange des Rechenzentrums sowie hinsichtlich der Sicherheitseinrichtungen, sehr stark einbezogen.

Im **Rechtsmittelbüro** fielen im Jahre 1977 an: in Bauangelegenheiten 708 Berufungen, 11 Devolutionsanträge, 20 Verwaltungsgerichtshof- und 4 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 25 Stellungnahmen; in Strafsachen 664 Berufungen, 14 Verwaltungsgerichtshof- und 2 Verfassungsgerichtshofbeschwerden; in sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben, Kostenvorschreibungen, Konzessionen usw.) 482 Berufungen, 22 Verwaltungsgerichtshof- und 7 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 1 Stellungnahme, Erinstanzliche Erledigungen, Teilnahme an Amtsbesprechungen, Berichterstattungen und Abgabe von Äußerungen (zum Beispiel zu Gesetzesentwürfen) betrafen 312 Rechtssachen; 11.410 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes waren zu überprüfen.

Im Vergleich zu den Jahren 1976 beziehungsweise 1975 war eine Zunahme der zu überprüfenden Rechtsmittelakten und der erstinstanzlichen Erledigungen und dergleichen um 14 beziehungsweise 4 Prozent und bei der Überprüfung der Rechtsmittelentscheidungen usw. ein Mehranfall von 4 beziehungsweise 38 Prozent festzustellen.

Von den im Jahre 1977 eingetretenen Veränderungen in der Gesetzgebung wirkte sich vor allem das Inkrafttreten der den Instanzenzug in mittelbarer Bundesverwaltung betreffenden Bestimmungen der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974 auf die Tätigkeit des Rechtsmittelbüros aus, und zwar durch den zusätzlichen Anfall von Berufungen, die nun nicht mehr vom zuständigen Bundesminister, sondern vom Landeshauptmann zu entscheiden sind.

Wie schon in den Vorjahren hatte das Referat für **Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten** wieder zu mehreren Gesetzesentwürfen Stellungnahmen abzugeben. Im Jahre 1977 betrafen die wichtigsten dieser Entwürfe ein Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsoffer, ein Bundesgesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen, das Konsumentenschutzgesetz und ein Bundesgesetz über die Abänderung der Konkurs- und Ausgleichsordnung.

Neben der Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes waren über Ersuchen städtischer Dienststellen 238 schriftliche **Rechtsgutachten** zu erstatten. Anlaß für derartige Ersuchen waren sämtliche Aufgabenbereiche der Privatwirtschaftsverwaltung, vor allem aber Schadenersatzansprüche nach Verkehrsunfällen städtischer Dienstfahrzeuge, Erfüllungs-, Gewährleistungs- und Schadenersatzfragen bei mangelhafter Durchführung von Professionistenarbeiten, ferner Rechtsfragen im Zusam-

menhang mit finanziellen Förderungsmaßnahmen, mit Abschleppen von Kraftfahrzeugen und mit Insolvenzen, vor allem aber auch der Wunsch städtischer Dienststellen, daß ihre Vertragserwürfe in rechtlicher Hinsicht überprüft werden.

Einen erheblichen Arbeitsaufwand erforderte die Beratung städtischer Dienststellen in zivil- und strafrechtlichen Belangen. Diese Beratung erfolgte häufig telefonisch oder bei persönlichen Vorsprachen städtischer Bediensteter im Jahre 1977 vor allem gegenüber den mit der Verwaltung und Bebauung des städtischen Liegenschaftseigentums befaßten Dienststellen, wobei auch auf dem Gebiet der rechtlichen Angelegenheiten des U-Bahn-Baus Rechtsfragen zu klären und Rechtsgeschäfte abzuschließen waren. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 73 neue Geschäftsstücke angefallen. Darüber hinaus wurden zu 268 Verhandlungen, die von anderen Behörden und Ämtern geführt wurden, rechtskundige Beamte in beratender Funktion entsendet.

Auf dem umfangreichen Gebiet der Prozesse, Strafsachen, Verlassenschaften zugunsten der Stadt Wien und Kuratorbestellungen sind im Jahre 1977 722 Rechtsvorgänge neu angefallen. Diese umfaßten vor allem die Einbringung von Geldforderungen der Stadt Wien, Kündigungen und Räumungen meist zur Ermöglichung von städtischen Bauvorhaben, Rechtskonflikte aus unzureichenden Vertragserfüllungen vor allem bei Liegenschafts Kaufverträgen sowie bei Dienst- und Werkverträgen und schließlich alle Arten von Schadenersatzprozessen. In diesem Zusammenhang und bei aus früheren Jahren noch anhängigen Rechtsstreitigkeiten wurden im Jahre 1977 642 Tagsatzungen bei Gericht verrichtet.

Eine Reihe von Gerichtsverfahren konnte durch Vergleich oder Gerichtsurteil beendet werden. Dabei wurden zugunsten der Stadt Wien Exekutionstitel im Gesamtbetrag von 2.136.600 S erworben. Bei gegen die Stadt Wien geltend gemachten Forderungen von 2.750.000 S konnten Verzichte oder rechtskräftige abweisliche Gerichtsurteile erwirkt werden. Gegen die Stadt Wien geführte Prozesse im Gesamtumfang von 106.600 S wurden für den Kläger erfolgreich abgeschlossen.

Wegen anderer Leistungen als Geldzahlungen (Besitzstörungen, Räumungen oder Herausgabe von Sachen) wurden 48 Klagen für die Stadt Wien positiv und 7 negativ abgeschlossen. Ferner sind 1977 149 Exekutionsakten angefallen, in 273 Insolvenzverfahren (Konkursen und Ausgleichen) wurde interveniert.

Die zufriedenstellende Erfüllung der oben beschriebenen Aufgaben setzten ein ständiges Studium und eine laufende Evidenzführung der auf dem Zivil- und Strafrechtssektor publizierten, für die Privatwirtschaftsverwaltung relevanten umfangreichen inländischen, im gewissen Umfang aber auch ausländischen Literatur und Judikatur voraus.

In Vertragsangelegenheiten der Stadt Wien fielen 473 Akten an. Auch in diesem Bereich waren alle möglichen Arten von Verträgen abzuschließen, wie Kauf-, Verkauf- und Tauschverträge, Schenkungs-, Realteilungs-, Dienstbarkeitsbestellungs-, Leib- und Zeitrentenverträge sowie Bauverträge. In allen Vertragssachen werden die Vertragsurkunden errichtet, deren Unterfertigung veranlaßt und in der überwiegenden Anzahl der Fälle die grundbücherliche Durchführung vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 166 Verhandlungen und Besprechungen durchgeführt, bei denen auftretende Schwierigkeiten und Unklarheiten bereinigt werden konnten.

Auf dem umfangreichen Sektor der Verfassung von Grundbuchsgesuchen und grundbuchsfähigen Urkunden betrafen neben der grundbücherlichen Durchführung der oben erwähnten Vertragsurkunden 108 Akte Grundabteilungen und sonstige Eingaben zur Herstellung der Grundbuchsordnung und 2.475 die Ausfertigung von Schuldscheinen, Löschungs-, Freilassungs-, Vorrangseinräumungs- und sonstige Zustimmungserklärungen. Um die Rechte der Stadt Wien zu wahren und eine mögliche Schädigung dritter Personen zu verhindern, wurde bei 647 von der Baubehörde erteilten Aufträgen die Ersichtlichmachung im Grundbuch veranlaßt.

In 405 Fällen waren städtische Bedienstete von ihrer Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit zu entbinden, um ihre zeugenschaftlichen Einvernahmen bei Gericht zu ermöglichen. 185 sonstige Verwaltungsvorgänge, wie die Ausstellungen von Vollmachten und Überprüfungen von Akten anderer Dienststellen, waren zu besorgen.

Die Gegenüberstellung der Gesamtbelastung des Jahres 1977 mit 6.824 Vorgängen zu der im Jahre 1976 mit 6.217 Vorgängen zeigt eine arbeitsmäßige Mehrbelastung von etwa 10 Prozent.

Im Jahre 1977 wurde die Tätigkeit der technischen Dienststellen im Sinne der Geschäftseinteilung durch Herausgabe von Erlässen, Dienstanweisungen und Abhaltung von Besprechungen koordiniert. In Aussprachen mit den Gruppenleitern gemäß § 11 a Geschäftsordnung des Magistrates der Stadt Wien sowie mit den Referatsleitern der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion wurde die Informationsvermittlung sichergestellt und die jeweils erforderliche Veranlassung getroffen. Über Auftrag von amtsführenden Stadträten wurden Einzelprobleme behandelt, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Die Schwerpunkte der Tätigkeit lagen 1977 auf

organisatorischem Gebiet, um die bisherige Praxis der neuen Situation anzupassen, die durch die im Herbst 1976 erfolgte Änderung der Geschäftseinteilung gegeben war. Weitere Problembereiche, wie Überlegungen zu Fragen der Sicherheit, Verfassung von Richtlinien für Bauaufsichtsorgane, Ausarbeitung von Organigrammen über sinnvolle Ablaufplanungen, wurden bearbeitet. Weiters waren Fragenbereiche der Kostenplanung und deren Grundlagen — Erfassung von Gebäudedaten, Kreditevidenz und Vereinheitlichung von Unterlagen für Ausschreibungen — sowie Fragen der Materialbeistellung und Zentralisierung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Für technische Angelegenheiten, deren Bearbeitung anderen Dienststellen der Magistratsdirektion zugeteilt wurde, mußten umfangreiche Erhebungen und Zusammenstellungen verfaßt werden. Auf Grund der Mitwirkung von Vertretern der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion in einer Reihe von Beiräten in Ministerien und Ausschüssen konnten die Tätigkeiten der technischen Dienststellen weitgehend aufeinander abgestimmt und koordiniert sowie die reibungslose gegenseitige Information erzielt werden. Zu zahlreichen Kontrollamtsberichten und zum Wahrnehmungsbericht in technischen Angelegenheiten erfolgten die notwendigen Bearbeitungen; erforderliche Veranlassungen wurden getroffen. Im Gemeinderat eingebrachte Anträge und Anfragen zu technischen Angelegenheiten wurden bearbeitet. Zu zahlreichen in den Massenmedien angeschnittenen technischen Problemen mußten Stellungnahmen abgegeben werden.

Weitere Aufgaben waren die Vorbereitung, Themenauswahl und Teilnahme an der Konferenz der Landesbaudirektoren der österreichischen Bundesländer, die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Bundes- und Landesgesetzen, die technische Belange betreffen, Kontaktgespräche mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik in Fragen der Bundesstraßen, die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu eingebrachten technischen Verbesserungsvorschlägen, weiters die Mitwirkung im Rahmen des Österreichischen Nationalkomitees bei der Association Internationale Permanente des Congrès de la Route (A. I. P. C. R.) zur Organisation des Weltstraßenkongresses 1979 in Wien, die Mitwirkung in der Kommission zur Novellierung der Bauordnung für Wien und Besprechungen mit den Österreichischen Bundesbahnen zwecks Schaffung von Entscheidungsgrundlagen zur Frage der U 3.

Die netzplantechnische Betreuung der derzeit aktuellen Großprojekte wurde weitergeführt. Im Bereich des Tiefbaues betraf dies vor allem den U-Bahn-Bau, wobei die Terminplanung auf die Bauabschnitte X, XI und XII ausgedehnt wurde. Im Hochbau kam zu den Projekten „Aderklaaer Straße“, „Mitterhofergasse“ und „Südlich am Schöpfwerk“ das der „Neilreichgasse“. Die Arbeiten für das Projekt „Trabrenngründe“ wurden abgeschlossen. Auf Baustellenebene wurden die netzplantechnischen Arbeiten für das Projekt „Resselpark“ und für das „Sozialmedizinische Zentrum Ost“, Bauteil Schwesternheim und Bauteil Schule/Internat, weitergeführt. Für den Bauteil Pflegeheim wurden Terminüberwachungsarbeiten neu aufgenommen. Die Terminplanung der Vorarbeiten für das Projekt „Philadelphiabrücke“ wurde abgeschlossen, die für die Autobahn A 4 zurückgestellt.

Eine weitere Aufgabe ist die Abstimmung der Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-Stadtbaudirektion und der ihr unterstellten Magistratsabteilungen. Dazu gehören alle Vorarbeiten, beginnend mit den Vorgesprächen bei den amtsführenden Stadträten über die Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages. Seit einigen Jahren wird eine Bauinvestitionsvorschau für jeweils fünf Jahre geführt und mittels EDV evident gehalten. Im Herbst 1977 erfolgte diese Zusammenstellung für die Jahre 1978 bis 1982; sie wird laufend auf den letzten Stand gebracht. Alle Veränderungen, die durch Sachkredit- und Bauratenerhöhung, Virements oder Widmungsänderung erfolgen, werden unmittelbar verarbeitet und dienen als Grundlage für weitere Überlegungen der Finanzgruppe.

Dem Gemeinderat wurde anlässlich der Budgetdebatte und zugleich mit dem Voranschlag für 1978 ein fünfjähriger Finanzplan mit dem Basisjahr 1978 vorgelegt. In diesem Plan sind für die Jahre 1978 bis 1982 die geschätzten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben enthalten. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Finanzplanes bildet die Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ für diesen Zeitraum. Die Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1977 begonnen wurden, und alle jene, die im Budgetjahr 1978 in Angriff genommen werden sollen. Sie führt weiters Angaben über Gesamtkosten, voraussichtliche Ausgaben bis 1976, die genehmigten Bauraten für die Jahre 1977 und 1978 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1982. Diese Vorschau wird für einen fünfjährigen Zeitraum fortgeschrieben, alljährlich als Bestandteil des Finanzplanes dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt und enthält außerdem die Darstellung aller notwendigen Budgetmittel für jene Großprojekte, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektausweise“ enthalten sind. Es handelt sich 1977 dabei um die Hochbauvorhaben „Am Schöpfwerk“, „Mitterhofergasse“, „Aderklaaer Straße“, ab 1978 um die Projekte „Östlich Neilreichgasse“ und „Sozialmedizinisches Zentrum Ost“ sowie um die Tiefbauprojekte „U-Bahn“, „Karlsplatz“ und „Philadelphia-Brücke“.

Für die Erfüllung des Straßenbauprogrammes (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1978 Gesamtkostenermittlungen angestellt. In diesen sind alle für die Einbautendienststellen

anfallenden Kosten (einschließlich Stadtwerke) zusammengefaßt, um dadurch die budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen zu gewährleisten. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung und der Projektgruppe „Mittelfristige Finanzplanung“ zur Verfügung gestellt.

In der MD-Stadtbaudirektion wird ein Auftragnehmerkataster geführt, in dem jene Firmen erfaßt sind, denen Aufträge durch technische Abteilungen des Magistrats übertragen werden. Die zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage der einzelnen Firmen, soweit es sich um Arbeiten handelt, die für die Stadt Wien durchzuführen sind. Dieser Einrichtung bedienen sich nicht nur die technischen Abteilungen des Magistrates, sondern auch fallweise die Wiener Stadtwerke. Am jeweils letzten Freitag eines Monats werden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen des Magistrates statistisch erfaßt. In den Wintermonaten werden 14tägige Zählungen der Arbeitskräfte durchgeführt. Durch diese Maßnahme ist es möglich, besonders große Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen, um notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dadurch trägt die Stadt Wien zur guten Beschäftigungslage im Bauhaupt- und Baubergewerbe während der Wintermonate bei.

Ein weiteres Aufgabengebiet betrifft die Bearbeitung aller Vergabungsakte, die in die Kompetenz eines Ausschusses fallen. Die MD-Stadtbaudirektion ist auf Grund ihrer Erfahrung und laufenden Befassung mit dieser Materie in der Lage, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahr 1977 wurden 2.021 protokollierte Akte bearbeitet, wobei eine Gesamtersparnis von über 35 Millionen Schilling erzielt werden konnte. Zu den Agenden des Referates gehören weiters freihändige Vergaben schwierigster Art, Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker mit Ausnahme der Architekten und Vermessungstechniker, Verhandlungen als zweite Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen, Vertragsauslegungen usw. In diesem Bereich konnten im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1977 wurden in Form von sogenannten Verständigungen, insgesamt 4 mit zusammen 216 Seiten, Weisungen in Baupreisangelegenheiten an sämtliche Bauabteilungen herausgegeben. Diese Verständigungen bezogen eine große Anzahl amtlicher und halbamtlicher Stellen auch außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Bei der Durchführung von Preisberichtigungen im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen vertritt die MD-Stadtbaudirektion die Stadt Wien, wodurch bei allen Beratungen und Abschlüssen für die Stadt Wien beste Ergebnisse erzielt werden konnten. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem ist die MD-Stadtbaudirektion in fast allen Fachnormenausschüssen und in der AGÖST (Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch) vertreten. Bei der Vorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben ist dem wachsenden Umfang entsprechend der Bauvorbereitung und der Baukoordinierung größte Bedeutung beizumessen. Sie erfordern intensive und enge Zusammenarbeit aller mit dieser Materie befaßten Dienststellen. Trotz zahlreicher 1977 aufgetretener Schwierigkeiten ist es gelungen, den Neubau von 1.064 Wohnungen im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogrammes der Stadt Wien in Angriff zu nehmen. Die gewünschte Schwerpunktverlagerung der Wohnbautätigkeit in innerstädtische Bereiche brachte eine Fülle von Problemen und Schwierigkeiten bei der Baureifmachung von Liegenschaften mit sich, da in den meisten Fällen die Freimachung der Objekte erforderlich war, der städtische Grundbesitz aber aus wirtschaftlichen, städtebaulichen Gründen in teilweise langwierigen Verhandlungen vielfach erst arrondiert werden mußte. Infolge der Komplexität der Aufgabenstellung waren in permanenten Kontakten mit den zuständigen Dienststellen Überlegungen anzustellen, um Modelle für eine künftig optimale Vorgangsweise bei der Stadterneuerung zu entwickeln. Um eine Entscheidungsgrundlage für notwendig werdende Maßnahmen zu erhalten, wird laufend die Überprüfung des baulichen Erhaltungszustandes der neu erworbenen Althäuser veranlaßt. Das Ergebnis dieser Überprüfungen findet einerseits seinen Niederschlag in der Tätigkeit der Dienststellen, die mit der Verwaltung und Erhaltung dieser Gebäude befaßt sind, gibt andererseits aber auch häufig Anlaß, weitere Grundstücksankäufe anzuregen. So wurden langfristig Voraussetzungen für eine sinnvolle Stadterneuerungstätigkeit geschaffen, da meist eine sofortige Verwertbarkeit der Liegenschaften infolge ihrer Größe, Lage, Figuration usw. wohl möglich, aber im Sinne eines großflächigen Konzeptes nicht zielführend erschien. Unabhängig von der Einleitung von Maßnahmen für die Stadterneuerung war es auch erforderlich, die Bautätigkeit in den Randzonen des Stadtgebietes unter Bedachtnahme auf alle Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur fortzuführen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten und einzuleiten.

Die MD-Stadtbaudirektion nahm im Jahre 1977 396 Befähigungsprüfungen ab, 294 Kandidaten konnten approbiert werden. Der Anteil der nicht bestandenen Prüfungen war wie jedes Jahr besonders hoch bei den Baumeisterprüfungen. Von 58 geprüften Kandidaten erhielten 27 das Befähigungszeugnis.

gungszeugnis, 31 mußten zurückgestellt werden. Auch bei der Befähigungsprüfung für das Elektriker-gewerbe bestanden von 23 Kandidaten nur 13, bei den Gas- und Wasserinstallateuren 15 von 26 Geprüften. Wesentlich besser waren die Ergebnisse bei den Ziviltechnikerprüfungen; von 133 Kandidaten haben 106 bestanden. Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe A haben von 75 zugelassenen Kandidaten 62 bestanden, die für C und D von 71 Geprüften 66 mit Erfolg abgelegt.

Der Dienstaufsicht der MD-Stadtbaudirektion unterstanden am 31. Dezember 1977 insgesamt 7.895 technische Bedienstete, 538 Bedienstete des Verwaltungsdienstes und 1.222 Saisonarbeiter.

Ferner wurde die Ausbildung von 21 bautechnischen Zeichenlehrlingen überwacht, die Einzelschulung beziehungsweise Weiterbildung von 83 Bediensteten, die zu den „Rundfahrten Modernes Wien“ eingeteilt sind, durchgeführt sowie die Routen zusammengestellt.

Für Bedienstete der technischen Abteilungen wurden 276 Anträge für Dienstreisen im Inland und 174 Anträge für Dienstreisen in das Ausland an die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision gestellt beziehungsweise bearbeitet.

Während der Sommermonate 1977 waren 29 inländische Feriapraktikanten in diversen technischen Dienststellen beschäftigt.

Außerdem wurden 3.820 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben und 2.950 verrechnet.

Die Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion als Dienstaufsichtsstelle für das technische Personal hat 1977 21.255 Dienststücke allgemeiner und individueller Natur behandelt oder an deren Erledigung mitgewirkt.